

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

124 (31.5.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10spaltige Mittelzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Mittelzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichterhaltung des Zeitungsloos bei geschäftlicher Betreibung und bei Anrufen außer Kraft tritt. • Erschließung und Geschäftsstellen 18 Karlsruher L. B. • Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern • Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk • Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. • Einzelhefte 10 Pfennig • Geschäftsstellen 2850 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Verlags- und Anzeigen-Verwaltung: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Druckerei: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Druckerei: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021

Nummer 124

Karlsruhe, Dienstag, den 31. Mai 1932

52. Jahrgang

Katastrophenpolitik

Das Kabinett Brüning von einer Kamarilla gestürzt - Hindenburg will eine ausgesprochene Rechtsregierung Reichstagsauflösung in nahe Sicht gerückt

Jetzt geht es um Deutschlands Schicksal!

Gesamttritt des Reichskabinetts

RECH. Berlin, 30. Mai. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler Dr. Brüning, der ihm die gesamte Demission des Kabinetts überreichte. Der Herr Reichspräsident beauftragte die bisherige Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte.

Hindenburg und die Parteiführer

RECH. Berlin, 30. Mai. Reichspräsident von Hindenburg besann heute nachmittag mit den politischen Redaktionen über die durch den Rücktritt der Reichsregierung geschaffene Lage. Reichspräsident von Hindenburg empfing zuerst den Reichstagspräsidenten Föbe und anschließend die Führer der SPD, Weis und Dr. Preußner. Um 6 Uhr empfing der Herr Reichspräsident den Parteiführer der NSDAP, Adolf Hitler, der von dem Abgeordneten Grottel begleitet war. Die Besprechungen mit den Parteiführern werden morgen fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden.

Frevelhaftes Spiel

Von Rudolf Preußner, M. d. R.

Auf Grund des Artikels 54 der Weimarer Verfassung muß die Regierung zurücktreten, wenn ihr der Reichstag sein Vertrauen entzieht. In der letzten Sitzung, die der Reichstag abgehalten hat, ist ein von der Parteien der Rechten und den Kommunisten unterstütztes Misstrauensvotum mit einer Mehrheit von 30 Stimmen abgelehnt worden. Trotzdem hat das Kabinett Brüning jetzt seine Demission gegeben. Es hätte noch eine Majorität des Parlaments hinter sich, aber es hat sich nicht mehr das Vertrauen des Reichspräsidenten, und daraus hat es seine Konsequenzen gezogen.

Die Arbeitsunfähigkeit der Volksvertretung, in der starke Parteien sitzen, die den Parlamentarismus als solchen ablehnen und schon deshalb seinen Mechanismus zu zerstören bestrebt sind, hat ganz naturgemäß die Machtvollkommenheit des Reichspräsidenten in einer Weise gestärkt, die dem Geist der Weimarer Verfassung nicht entspricht. Aber daraus ergab sich, daß Brüning das Fehlen eines absolut sicheren Rückhalts im Reichstag durch das Vertrauen des Herrn v. Hindenburg zu ersetzen suchte. Solange er auf diese Stütze rechnen konnte, war seine Stellung verfassungsmäßig sicher. In dem Augenblick, wo sie ihm entzogen wurde, fiel er. Er war in dieselbe Lage geraten, in der sich die Minister unter Wilhelm II. befanden. Die Gunst oder Ungunst des Mannes an der Spitze des Reiches entscheidet über sein Schicksal. Und genau wie beim verfallenen Kaiser machten und machen sich auch beim Reichspräsidenten persönliche Einflüsse geltend. Es wird gewagt und es wird intrigiert bis das Ziel erreicht ist und bis schließlich der, den man unter Druck genommen hat, aus eigener Überzeugung zu dem Ergebnis gekommen zu sein glaubt, daß der Mann, dem er bisher sein Vertrauen geschenkt hat, dieses Vertrauen nicht mehr verdient.

Woher in diesem Fall die Treibereien kamen, ist allgemein bekannt. Es vereinigen sich alle diejenigen, denen der bisherige Kurs aus verschiedenen Gründen unumkehrbar gewesen ist, die, denen die Außenpolitik zu wenig entschlossen schien, die, denen es unerträglich war, das eine Kabinett sich in der Hauptsache auf die SA-Formationen stützte, die, die das Vorgehen gegen die SA-Formationen mißbilligten. Und mit ihnen im Bunde stand das industrielle und landwirtschaftliche Unternehmertum, das keine Interessen für nicht genügend gewahrt hielt, und die Parteien der Rechten, die noch weit mehr als bisher schon auf die Arbeiterklasse abgewandt leben wollten.

Den ersten offenen Vorstoß unternahm die Generalkität, soweit sie sich um Herrn v. Schleicher gruppiert. Auch er stieß im Grunde auf Brüning, aber man tat so, als ob man Gröner meinte. Es ist nicht notwendig ein Fehler des bisherigen Reichskanzlers, daß er nicht damals schon, als die Offizierkamarilla Gröner aus dem Reichsministerium drängte, die Kabinettfrage stellte, und daß er darüber hinaus sogar bereit war, auch das Innenministerium neu zu besetzen. Sicher glaubte er, weitgehende Zuständigkeiten machen zu können, um auf der Lausanner Konferenz seinen guten Namen in die Welt zu setzen. Sein Verstoß war, zu glauben, daß sein künftiges Zurückweichen vor den Wählern hinter den Kulissen ohne ungünstige Rückwirkungen auf die Stimmung des Auslandes bleiben würde.

Zu den Herren in Uniform hat sich dann der ostpreussische Großgrundbesitzer gestellt, denen ihre Arbeit - durch den Aufenthalt des Reichspräsidenten auf seinem ostpreussischen Gute erleichtert wurde.

Herr v. Hindenburg kehrte nach Berlin zurück, fest entschlossen, sich von seinem Reichskanzler zu trennen, und Versuche, zwischen den beiden noch einmal eine Verständigung herbeizuführen, waren von vornherein aussichtslos. Die Kabinettsmitglieder haben ihren Zweck erreicht. Brüning und sein „Soßem“ sind gestürzt - allerdings ist das Land aufs neue in die größte Unruhe und Unsicherheit hineingetragen worden.

Welches soll nun die Lösung der Krise sein? Man hätte annehmen sollen, daß jeder der Beteiligten es für unverantwortlich halten würde, in diesem Augenblick ein Kabinett in die Wüste zu schicken, wenn nicht in demselben Augenblick ein anderes zur Übernahme der Geschäfte bereit stünde. Das aber ist allem Anschein nach nicht der Fall. Der Schwerpunkt der Regierung soll weiter nach rechts verlagert werden. Doch wer an ihre Spitze tritt und wer sie tragen soll, steht keineswegs fest. Man denkt nämlich an eine Persönlichkeit, die so ungefähr auf der politischen Linie des Grafen Westarp steht. Wie soll indessen ein solcher Mann, vorausgesetzt, daß er die nötige Mitarbeit findet, die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten?

Der Reichspräsident wird die Verfassung nicht antasten wollen. Das neue Kabinett muß sich dem Parlament vorstellen und dort über sein Schicksal entscheiden lassen. Doch die Sozialdemokratie ihm gegenüber nicht die Haltung einnehmen wird, wie sie sie gegenüber Brüning beobachtet hat, ist selbstverständlich. Auf sie rechnet man auch nicht. Aber was werden die Nationalsozialisten tun? Sie sieht so aus, als ob sie sich der Hoffnung hin, sie würden eine „Beamten- und Sachmänner“-Regierung tolerieren, auch wenn sie selbst in ihr keinen Sitz erhalten. Werden sie nach all den großen Worten, die sie in die Welt hinausgerufen haben, an einer solchen Selbstverleugung bereit sein?

Und wie wird sich das Zentrum stellen? Es wird der Versuch gemacht, Brüning als Außenminister beizubehalten. Wir können

uns nicht vorstellen, daß er einer solchen Verladung erliegt, denn von allem anderen abgesehen, muß er sich darüber klar sein, daß er als Außenminister in dem neuen Kabinett nicht mehr dasselbe ist, was er bisher gewesen ist. Er würde mit abgedrohenem Rückhalt zu den internationalen Verhandlungen gehen. Der Schlag ist gegen ihn geführt worden, und es wird für ihn sowohl als auch für seine Partei außerordentlich schwer sein, denen die ihm den Dolchstoß verleiht haben, das Regieren zu ermöglichen.

Aber wenn die parlamentarische Mehrheit nicht zustande kommt, dann bleibt nichts anderes übrig, als Auflösung und Neuwahl des Reichstags, und wir können uns sehr wohl vorstellen, daß Nationalsozialisten und Deutschnationale gerade auf diese Lösung in erster Linie hinarbeiten werden. Die Erschütterung, die die Regierungskrise verursacht, würde also verschärft durch die Unruhe einer neuen Wahlkampagne. Die Wirtschaft, als deren Wortführer sich die Quertreiber ausgeben, würde einen neuen Stoß erleben. Alles in allem! Es ist kaum jemals ein freudvollerer Spiel mit den wohlverstandenen Interessen des Landes und des Volkes getrieben worden, als es hier unverantwortliche Katastrophen angesetzt haben. Wenn große Teile der deutschen Nation genügend verbittert sind, um das Unheil, das man angezettelt hat, im gegenwärtigen Augenblick noch nicht zu durchgucken: Die Zeit wird sehr bald kommen, daß ihnen die Augen aufgehen werden. Was man aber für die gegenwärtige Stunde hoffen möchte, ist, daß der Reichspräsident, den Mißbrauch, der mit ihm getrieben worden ist, erkennt, und aus dieser Erkenntnis heraus die notwendigen Schlussfolgerungen zieht.

Die Sozialdemokratie wird in jeder Situation bereit sein, den Kampf aufzunehmen, den man ihr aufzwingt, aber sie denkt Staatspolitik genug, um den Wunsch zu haben, daß dem Volke und insbesondere der Arbeiterklasse Auseinandersetzungen erspart bleiben möchten, die - sicher für die nächste Zukunft - Deutschland zu unermesslichen Schäden gereichen würden.

Rückkehr zu Wilhelm II.?

Es ist beinahe wieder so wie zu Zeiten Wilhelms des Fahnenflüchtigen: befand sich Wilhelm in Hubertusstock zur frühlichen Jagd, oder auf seiner „Sohsenzollern“ auf einer Nordlandreise, war er also tagelang inmitten einer kleinen Umgebung, dann wurden die Intriguen geponnen, denen bald Reichskanzler, Minister, Hofschaffner und auch Generäle zum Opfer fielen. Jetzt hat der Schauplatz gewechselt: Intriguen gegen das Volk und gegen Regierungen werden in Neudorf in Ostpreußen oder in Dietramszell in Oberbayern geponnen. Herr Brüning ist in Neudorf zu Fall gebracht worden. Man darf schon zugeben, die rechtsradikalen ostpreussischen Großgrundbesitzer, wie die Schwerindustrie in rheinischen Industriegebieten und maßgebliche Herren der Reichswehr verstehen sich auf die Intriguen. Und wie Wilhelm diesen Spielen regelmäßig unterlegen ist, und dadurch Deutschland und dem deutschen Volke ungeheuren Schaden zugefügt hat, so ist jetzt auch ganz offenbar Herr von Hindenburg völlig in den Bann der Kreise geraten, die den Staat und das Volk lediglich als Auspönerungsobjekte betrachten, außerdem als Tummelplatz zur Befriedigung ihrer jügellosen Machtgier und ihres Ehrgeizes. Das Spiel ging zwischen Reichswehrführern, rechtsgerichteten Großunternehmern und dem ostpreussischen Großgrundbesitzer. Ein Teil der deutschen Großunternehmer will nicht nur die Staatskasse, sondern sie wollen die Inflation; sie wollen die Inflation, um die verderblichen finanziellen Wirkungen ihrer sinnlosen Wirtschaftspolitik auszugleichen, sie wollen auf diese Weise ihre Kiefenschulden leichtsin abdecken. Ob dabei die Massen des deutschen Volkes in die größte Not und Bedrängnis geraten oder nicht, ob der Bestand des Staates gefährdet ist oder nicht, das ist dieser frivolen und frevelhaften Gesellschaft höchst gleichgültig. Und kein Rota besser steht es um große Teile des ostpreussischen Großgrundbesitzes, der ja von jeher den Staat als melkende Kuh betrachtet hat und jetzt außerdem noch daran arbeitet, Deutschland nach den Methoden regieren zu lassen, wie etwa ein ostpreussisches Rittergut beherrscht wird.

Die nationalsozialistischen Haufen sind die Stoßtruppen und, wenn man so sagen darf, das politische Kanonenfutter für die politischen und wirtschaftlichen Pläne und Absichten sowohl der Schwerindustrie wie des Großgrundbesitzes. Darum

auch die außerordentlich großen geldlichen Zuwendungen aus dem Kassenstrahl der deutschen Volkswerberber an die Hitlerpartei. Sowohl in der höheren Bürokratie wie auch besonders bei dem adeligen Teil des Reichswehroffizierskorps, finden die Pläne und Machtanprüche des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie erhebliche Sympathien. Bei einem solchen Spiel ist der zähe, enorm gewandte und mit allen Wassern gewaschene General von Schleicher ein wirkungsvoller Partner. Schon unter Geßler war Herr von Schleicher der politische Regisseur im Reichswehrministerium, unter Gröner hat er diese Tätigkeit in einem Maße auszubauen vermocht, daß darüber nicht nur der vorgeordnete Minister, sondern ein ganzes Kabinett purzelte.

Die für Deutschland so tief beklagenswerte und enorm schädigende Tatsache, daß Dank der Verblendung großer deutscher Wählerkreise das Reichsparlament beinahe aktionsunfähig geworden ist, hat nicht nur die Macht des Reichspräsidenten, sondern auch die Macht der Generalkität in der Reichswehr gestärkt. Dieser unglückselige Reichstag, der durch den politischen Wahnsinn von etwa 12-13 Millionen Wählern vor zwei Jahren so gemeinschädlich zusammengewählt worden ist, ist ja zu keiner wirklich positiven Leistung größeren Stils fähig, darum mußte sich ja auch Herr Brüning, wie Genosse Preußner an anderer Stelle der heutigen Ausgabe sehr richtig auseinandersetzt, immer mehr verlassen, beim Reichspräsidenten Rückhalt zu gewinnen. Brüning fand zwar immer eine, wenn auch knappe Mehrheit, die ihn vor der Annahme eines Misstrauensvotums bewahrte, aber dieselbe Mehrheit hätte nicht zusammengehalten, wenn das Kabinett Brüning ein positives Vertrauensvotum gefordert hätte. Angesichts solch jammervoller parlamentarischer und innerpolitischer Zustände, wuchs in sichtbar unheimlichem Maße der Machtwille in der Umgebung des Reichspräsidenten, der Militärs und der Kreise, die mindestens in Deutschland die Demokratie meucheln und einen Untertanenstaat wieder aufrichten wollen.

Schon die Vorgänge der letzten Monate stellen speziell an die deutschen Volksteile in Süddeutschland außerordentlich ernste Fragen. Wir wissen seit geraumer Zeit, und das an anderer Stelle wiedergegebene Stimmungsbild aus Bayern beweist es erneut, daß man in Bayern die Ent-

widlung in Berlin seit längerer Zeit mit großer Sorge um die Zukunft betrachtet. Es ist auch nicht unbekannt, daß auch in Württemberg ähnliche sorgenvolle Gedankengänge gehegt werden und wir in Baden haben erst recht Ursache, wachsam zu sein. Es ist zwar schon früher wiederholt geschehen, muß aber in diesem Augenblick mit besonderem Nachdruck gesagt werden, daß die süddeutschen Länder die Pflicht haben, sich gegen eine Politik in härtester Weise zu wenden, die in einer so ungeheuerlichen Weise Mittel des gesamten deutschen Volkes verschleudert, um dem ostelbischen Großgrundbesitz Subventionen in den unerfülllichen Schand zu werfen. Süddeutschland und besonders Südwestdeutschland sind hinsichtlich der materiellen Unterstützung durch das Reich nachgerade zu lieblos behandelten Stiefkindern geworden. Und nun sollen zu dieser Stiefmütterlichen wirtschaftlichen und finanziellen Behandlung auch noch ostpreussische und astpreussische Regierungsmethoden in wahrlich verböserter Auflage hinzutreten? Uns scheint, daß die süddeutschen Länder jetzt, wo Deutschland und das deutsche Volk ganz offenbar vor ungeheuren äußeren und inneren Gefahren stehen, die besondere Aufgabe zugewiesen erhalten haben, im Sinne der deutschen Wiedergeburt und des deutschen Wiederaufstiegs tätig zu sein. Die süddeutschen Länder müßten jetzt in Berlin allen Stellen, mögen sie Uniform oder Zivil tragen, mit rücksichtsloser Deutlichkeit zu verstehen geben, daß die in den letzten zwei Wochen auf dem ostpreussischen Rittergut Reudel mit Erfolg angezielte Katastrophopolitik, in Süddeutschland auf den härtesten und schärfsten Widerstand stoßen wird.

Herr von Hindenburg hat schon einmal die persönlich bittere Erfahrung gemacht, was es heißt, im Kreise eines Klubs von politischen und militärischen Hartharden à la Ludendorff, Bauer und Nicolai sich zu befinden. Will Herr von Hindenburg eine zweite ähnliche Erfahrung sammeln? Dann können die Folgen noch katastrophaler für Deutschland und das deutsche Volk sein, als im Weltkrieg.

Es liegen zur Stunde Meldungen aus dem Ausland über den Eindruck der erzwungenen Rücktritts des Kabinetts Brüning nur spärlich vor, wir sind aber überzeugt, der Eindruck in der ganzen Welt wird ein für Deutschland ungewöhnlich ungünstiger sein, und das in einem außenpolitisch so unheimlich wichtigen Zeitabschnitt wie dem gegenwärtigen. Armes Deutschland, die Zeiten schwerster Prüfung und harter Leiden sind noch nicht vorüber!

Nachrichten aus Hindenburgs Palais

Das Contibüro verbreitet heute früh eine Meldung über die Absichten des Reichspräsidenten und über die Bemühungen zur Bildung einer neuen Regierung, Nachrichten, die ganz offenbar aus dem Hause des Herrn von Hindenburg stammen und die die Politik und Haltung des Herrn Reichspräsidenten fügen sollten. Zur Information unserer Leser geben wir auch diese Mitteilungen wieder:

Der Angriff nennt den Rücktritt die Folge des Odenburger Wahlzuges. Die Stunde der NSDAP sei gekommen. Noch habe der Reichstag das Wort.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, daß der Rücktritt erfolgt sei, weil seit dem politisch unzulässig beschleunigten Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident bestanden habe, die gelöst werden mußte. Darauf es ankomme, sei eine solche Lösung dem Reichspräsidenten überlassen. Die Entlassung Brüning, der ganz gewiß seinen Amtssturz gewünscht habe, könne nur den Sinn haben, einem ausgesprochenen Regime der Rechten den Weg zu ebnen.

Die Germania sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Der Sozialist sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, daß der Rücktritt erfolgt sei, weil seit dem politisch unzulässig beschleunigten Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident bestanden habe, die gelöst werden mußte. Darauf es ankomme, sei eine solche Lösung dem Reichspräsidenten überlassen. Die Entlassung Brüning, der ganz gewiß seinen Amtssturz gewünscht habe, könne nur den Sinn haben, einem ausgesprochenen Regime der Rechten den Weg zu ebnen.

Die Germania sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Der Sozialist sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, daß der Rücktritt erfolgt sei, weil seit dem politisch unzulässig beschleunigten Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident bestanden habe, die gelöst werden mußte. Darauf es ankomme, sei eine solche Lösung dem Reichspräsidenten überlassen. Die Entlassung Brüning, der ganz gewiß seinen Amtssturz gewünscht habe, könne nur den Sinn haben, einem ausgesprochenen Regime der Rechten den Weg zu ebnen.

Die Germania sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Der Sozialist sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Das Echo aus Bayern

München, 30. Mai. (Eia. Draht.) Der Sturz Brünings hat in den bayerischen Regierungskreisen einen katastrophalen Eindruck hervorgerufen. Man erblickt in dem erzwungenen Rücktritt den Beginn einer sich rasch ausbreitenden Staatskrise in Deutschland. Die maßgebende bayerische Volkspartei steht deshalb auf dem Standpunkt, daß jetzt alles geschehen müsse, damit der bayerische Staat möglichst innere und äußere Autorität verliere. Diese Auffassung erscheint begründet, da Bayern von einer, wie immer geäußerten Rechtsdiktatur im Reich außerordentlich gefährdet werde.

Die bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zum Rücktritt Brüning:

Der seit geraumer Zeit hinter den Kulissen betriebene und nunmehr geplatzte Sturz Brüning führt Deutschland mitten in jenes Experiment hinein, dem sich der Kaiser nach der Aussage seiner Gegner verweigern zu müssen glaubte. Es liegt offen zu Tage, daß sich Hindenburg von Brüning nur deshalb getrennt hat, weil während den beiden unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten wegen der Fortführung des Regierungsurteils entfielen waren. Von den Gegnern Brüning, die nun ein für allemal kein Zentrumsgesicht nicht vertrauen können, soll hier ganz geschwiegen werden.

den Erwähnung müssen aber die Kräfte finden, die sich aus der Reichswehr heraus an der Opposition gegen die alten Phasen der Brüning'schen Innenpolitik, vor allem gegen die Gröner'sche Verbotspolitik lebhaft beteiligt haben. Die Zerstörung der Basis, von der das sogenannte System Brüning getragen wurde, läßt nur noch den Weg des Experimentierens einer sogenannten Rechtsregierung übrig, die sich dem Optimismus hingibt, sie verliere über die Fähigkeit und die Autorität, diese rein oppositionellen und demagogischen Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung nunmehr für positive und sachliche Regierungsarbeit zu binden. Schlägt diese Hoffnung fehl und bleiben die Männer, denen nunmehr der Reichspräsident die Geschicke der deutschen Politik anvertrauen will, den Befähigungsnachweis schuldig, dann ist die Beförderung nicht übertrieben, daß Deutschland mit Rücksicht auf jener chaotischen Vermirrung entgegensteht, die gerade durch die Wiederwahl Hindenburg zum Reichspräsidenten vermieden werden sollte. Es steht in diesem Augenblick alles auf dem Spiel, was Dr. Brüning in den Jahren seiner bornenvollen Kanzlerschaft mühsam an politischen Werten gesammelt hat. Es ist aber gut und beruhigend zu wissen, daß es nunmehr außerhalb der Regierung einen Dr. Brüning in Deutschland gibt.

Pressestimmen

Der Abend (Bismarck) schreibt, der Reichspräsident stellt sich selber die Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden, deren Existenz auf mindestens ebenso starken verfassungsmäßigen Voraussetzungen beruhe, wie die der verabschiedeten. Diese Aufgabe ist jedoch — soviel man sehen kann — unlösbar! Der Weg, der jetzt betreten ist, führt in Zukunft hinein, die mit der Verfassung kaum noch zu decken sind. Auf alle Fälle muß sich die Sozialdemokratische Partei bereithalten, binnen kurzem den größten und entscheidendsten Widerstand des Reichstagswahlkampfes zu führen, der je bisher in der Geschichte der deutschen Republik dagewesen ist.

Das Berliner Tageblatt betont ebenfalls, daß die Möglichkeit von Reichstagsneuwahlen bestehen. Brüning sei zurückgetreten, weil der Reichspräsident mit dem Einfluß von Kräften entsprechend, die vor allem hinter der Szene gewirkt hätten, andere Wege gehen wollte, als er sie mit Brüning gegangen sei. Was jetzt beabsichtigt sei, sei ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Die Entlassung Brüning, der ganz gewiß seinen Amtssturz gewünscht habe, könne nur den Sinn haben, einem ausgesprochenen Regime der Rechten den Weg zu ebnen.

Der Angriff nennt den Rücktritt die Folge des Odenburger Wahlzuges. Die Stunde der NSDAP sei gekommen. Noch habe der Reichstag das Wort.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, daß der Rücktritt erfolgt sei, weil seit dem politisch unzulässig beschleunigten Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident bestanden habe, die gelöst werden mußte. Darauf es ankomme, sei eine solche Lösung dem Reichspräsidenten überlassen. Die Entlassung Brüning, der ganz gewiß seinen Amtssturz gewünscht habe, könne nur den Sinn haben, einem ausgesprochenen Regime der Rechten den Weg zu ebnen.

Die Germania sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Der Sozialist sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, daß der Rücktritt erfolgt sei, weil seit dem politisch unzulässig beschleunigten Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident bestanden habe, die gelöst werden mußte. Darauf es ankomme, sei eine solche Lösung dem Reichspräsidenten überlassen. Die Entlassung Brüning, der ganz gewiß seinen Amtssturz gewünscht habe, könne nur den Sinn haben, einem ausgesprochenen Regime der Rechten den Weg zu ebnen.

Die Germania sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Der Sozialist sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, daß der Rücktritt erfolgt sei, weil seit dem politisch unzulässig beschleunigten Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident bestanden habe, die gelöst werden mußte. Darauf es ankomme, sei eine solche Lösung dem Reichspräsidenten überlassen. Die Entlassung Brüning, der ganz gewiß seinen Amtssturz gewünscht habe, könne nur den Sinn haben, einem ausgesprochenen Regime der Rechten den Weg zu ebnen.

Die Germania sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Der Sozialist sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, daß der Rücktritt erfolgt sei, weil seit dem politisch unzulässig beschleunigten Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident bestanden habe, die gelöst werden mußte. Darauf es ankomme, sei eine solche Lösung dem Reichspräsidenten überlassen. Die Entlassung Brüning, der ganz gewiß seinen Amtssturz gewünscht habe, könne nur den Sinn haben, einem ausgesprochenen Regime der Rechten den Weg zu ebnen.

Die Germania sagt, die neue Lage stellt dem Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allerersten Tagen restlos geklärt sein.

scharf und wagemutig gewesen. Trotzdem habe Brüning dem neuen Deutschland nicht genügen können.

Die nationalsozialistische Vierte schreibt: Gleichviel, welche Regierungskoalition nunmehr in Berlin komme, Frankreich wisse, daß es sich künftig dem Herren Deutschlands, nämlich Hitler, gegenüber befinden werde. Es sei vielleicht besser, daß die wirklichen Verantwortlichen Hitlers Deutschland auf der Abrüstungskonferenz und auf der Lausanne-Konferenz vertritt.

Eine englische Warnung knapp vor Brüning's Rücktritt

Der liberale Daily Chronicle bespricht in seinem heutigen (Montag) Leitartikel den gestrigen Besuch des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten von Hindenburg, und erklärt, das Ergebnis seiner Aussprache, das noch nicht feststeht, werde vielleicht von

entscheidender Wichtigkeit nicht nur für die Zukunft Deutschlands, sondern auch für das Schicksal von Millionen von Menschen außerhalb der deutschen Grenzen sein. Dem Vertrauen in Europa könnte gegenüber dem ein schwerer Schlag verleiht werden als der Rücktritt des Mannes, der als einziger deutscher Staatsmann seit dem Kriege den völligen Vertrauen der Nationen — Frankreich nicht ausgenommen — in die Ehrlichkeit seiner Politik und in seine Fähigkeit der Durchführung dieser Politik gewonnen und es bewahrt habe.

Ueber die Persönlichkeit des deutschen Reichskanzlers bringt der Daily Chronicle heute einen Artikel aus der Feder Wilson Harris, der erklärt:

Dr. Brüning sei der einzige Mann, der Deutschland vor Anarchie, Verfall und auswärtigen Bewildigungen bewahren könne. Was ihn auf seinem Posten verharren lasse, sei reines Pflichtgefühl, denn ohne dieses Gefühl würde gegenwärtig kein normaler Mensch auf dem unbankbaren Posten des deutschen Reichskanzlers bleiben außer er werde von Ehrgeiz und Machtgier angetrieben und niemand, der jemals den Reichskanzler persönlich kennen gelernt habe, werde Dr. Brüning diese Eigenschaften zuschreiben.

Die Hauptgefahr, die gegenwärtig den politischen Horizont verdüstere, sei die Unmöglichkeit, ob Präsident von Hindenburg die neuen Sozial- und Steuermaßnahmen des Kanzlers billigen werde oder nicht. Das Ergebnis der heutigen Unterredung könne kaum zweifelhaft sein.

Es sei unbankbar, daß Hindenburg bereit sein sollte, Brüning kaum drei Wochen vor Laufende durch einen anderen zu ersetzen.

Der Verfasser fügt hinzu: Allerdings würde nicht einmal der Reichspräsident Dr. Brüning halten können, wenn der Kaiser mit leeren Händen von Lausanne zurückkehrte. In diesem Falle wäre die Zeit der Hülfsleute gekommen. Und ihnen würden nach kurzer Zeit die Kommunisten folgen. Der Verfasser stellt ansehend fest, das, was Deutschland auf dem Gebiete der Reparationen und der Rückfragen aus Rücksicht auf sich selbst fordern, entpfehle auch den Interessen der Menschheit. Er verlangt daher eine aktive britische Außenpolitik, die im gegenwärtigen Augenblick das einzige sei, was Europa retten könne, und gleichzeitig auch die Stellung Dr. Brüning's. Das sei aber nicht die Sache von MacDonald, Herrick und Brüning in der Lage seien, notwendige und wichtigste Taten zu vollbringen, als sie selbst von ihren drei Vorgängern in Locarno geleistet wurden.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittag zur Beratung der durch den Rücktritt der Regierung Brüning geschaffenen politischen Lage zusammen. Er beschloß die sofortige Einberufung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am Mittwoch nachmittags, 10 1/2 Uhr zusammenzutreten wird. Später erläuterten die Abgeordneten Dr. Reichel und Wels Bericht über ihre Unterredung mit dem Reichspräsidenten.

Reichstagsausschüsse vorläufig abgelehnt

Die politischen Ereignisse haben zu einer vorläufigen Unterbrechung der Arbeiten der Reichstagsausschüsse geführt. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstages, Wg. Deimann (S.) hat diesen Ausschüssen mitgeteilt, daß wegen der politischen Ereignisse die auf Dienstag, den 31. Mai 1932, anberaumte Sitzung des Haushaltsausschusses aufgehoben werde.

Hochverratsverfahren gegen SA. eingeleitet

Der Oberreichsanwalt bestätigt nationalsozialistische Meldungen. Leipzig, 30. Mai. Wie dem Reichsanwalt an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, trifft die vom nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Reichel vermittelte Meldung zu, daß das gegen die ehemalige SA, in die Wege geleitete und auf das von dem preussischen Innenminister dem Oberreichsanwalt zugeleitete Material gestützte Hochverratsverfahren vom Oberreichsanwalt eingeleitet worden ist.

Schwere Nazi-Störungen in Wien

Wiener Universität geschlossen. Wien, 30. Mai. Heute vormittag kam es in der Universität zu schweren Zusammenstößen, die bis in die Mittagsstunden andauerten, und zwar zwischen nationalsozialistischen Studenten und ihren politischen Gegnern, besonders auch jüdischen Studenten, von denen zwei schwerere Verletzungen erhalten haben sollen. Die Hochschule für Welthandel ist geschlossen worden.

Wien, 30. Mai. Im Zusammenhang mit den Vorgängen an der Universität verlor heute mittags eine Gruppe von Studenten in die Zandgassen der inneren Stadt ein nationalsozialistischer Student wurde dabei von einem Geschäftsmann mit einer Stange über den Kopf geschlagen, so daß der Student Verletzungen erlitt. Der Geschäftsmann wurde festgenommen, außerdem einige Personen wegen Ruhestörung.

Schließung der Wiener Universität. Wien, 30. Mai. Wegen der Krawalle ist die Wiener Universität bis auf weiteres geschlossen worden.

Französische Pressestimmen

Paris, 30. Mai. (Eia. Melb.) Zur Demission des Reichskabinetts schreibt Temps, der Reichskanzler stürzte unter den Schlägen, die die Rechtsparteien mit der Militärkammer verübt hätten. Wenn man nicht direkt zu einer Diktatur-Regierung übergehe, sei es wahrscheinlich, daß die Auflösung des Reichstages der Demission des Reichskanzlers Brüning auf dem Fuße folge.

Journal des Debats erklärt, Reichskanzler Brüning sei zurückgetreten, obwohl er den Nationalsozialisten Unterpfänder ausgestanden habe. Er werde von der Hitlerbewegung hinweggepöbelt. Der Sturz Brüning werde an dem deutschen Programm nichts ändern; er werde aber einen Wechsel in der Methode ermöglichen. Brüning sei ein Friedensapostel nach der Art des Bismarck-Schillers Dr. Stresemann gewesen. Seine letzte Rede bezüglich des Verlangens Deutschlands, nichts zu besetzen und frei zu rufen, sei

Die Ostfiedlung als Gefahrenquelle

Im Verlauf der Entwicklung der politischen Verhältnisse, die am Montag zum Sturz des Kabinetts Brüning führte, hat zweifellos die Frage der Ostfiedlung eine wichtige Rolle gespielt. Die von dem Kabinetts Brüning geplante Ostfiedlung erstreckte u. a. einen Teil der bankrotten Güter in Ostdeutschland der Siedlung auszuführen. Das ganze Programm hätte sich, da es an den erforderlichen Geldmitteln fehlte, in äußerst engen Grenzen halten müssen. Im günstigsten Falle hätte man daran denken können, von der in Betracht kommenden 2 Millionen Morgen großen Fläche einen Bruchteil für die Siedlung zu verwenden.

Man weiß sehr gut, daß man die bankrotten Güter im Osten nicht halten kann. Das Kabinetts Brüning hat Hunderte von Millionen in diese Großgüter hineingepumpt mit dem Erfolge, daß sich eine Sanierung als hoffnungslos erweist. Das haben auch Vertreter des rechtsradikalen Flügels in der Großlandwirtschaft zugegeben. Die bankrotten Güter wollen aber aus der Siedlung ein Geschäft machen. Wenn der Staat siedeln will, dann soll er den Großagrarier den Boden teuer bezahlen. Gleichgültig ob die kleine Siedlung auf der demnach der Bauer keine Existenzmöglichkeit finden soll und muß, bestehen kann oder nicht. So ging der Kampf im Rahmen der Siedlung seit langem um den Bodenpreis. Die Agrarier verlangten, daß für die bankrotten Großwirtschaften der Einheitswert gesenkt werden soll, trotzdem dieselben Großagrarier der Öffentlichkeit und der Regierung hundertmal nachgewiesen haben — und mit vollem Recht —, daß der Einheitswert beifolgend hoch über dem tatsächlichen Wert liegt. Wäre es nicht das auf einmal alles nicht wahr sein, plötzlich wollte man aus der eigenen Waiste, nachdem man für eine hoffnungslose Sanierung Subventionen um Subventionen geschickt hat, noch einen Extraprofit herausquetschen.

Brüning's Kabinetts und seine Arbeiten

Reichsminister Dr. Brüning ist nach seinem heutigen Rücktritt genau zwei Jahre zwei Monate im Amte gewesen. Nach dem Sturz des Kabinetts Brüning am 27. März 1930 gelang es ihm, sein erstes Kabinetts zu bilden, das bis zum 7. Oktober 1931 im Amte blieb. Die erste große Notverordnung vom 16. Juli 1930 hatte heftige parlamentarische Kämpfe zur Folge, die zum Beschluß der Aufhebung der Notverordnung führten, woraufhin der Reichstag aufgelöst wurde. Die Neuwahlen fanden am 14. September statt und ergaben ein außerordentlich starkes Anwachsen der Nationalsozialisten. Trotzdem konnte sich das Kabinetts Brüning aus weiterem im Reichstage behaupten, nachdem es ein neues Finanz- und Wirtschaftsprogramm aufgestellt hatte. Kurz vor dem Erlaß der zweiten großen Notverordnung kam es noch zum Abbruch der Wirtschaftspartei, die ihren Vertreter im Kabinetts, den Wirtschaftsminister Dr. Brüning, zurückzog. Die zweite Notverordnung wurde so dann am 1. Dezember 1930 veröffentlicht.

In den ersten Januarjahren 1931 wurden die Verhandlungen mit Österreich eingeleitet, die am 31. März 1931 zur Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Zollvertrages führten. Diese Zollvereinbarungen hatten lebhafteste politische Auseinandersetzungen zur Folge, die durch Ueberwindung des Zollabkommens an den Haager Gerichtshof zunächst abgehoben werden konnten. Es folgte die Vorbereitung der großen internationalen Verhandlungen ein Reichsminister Dr. Brüning reiste mit Reichsaußenminister Dr. Curtius nach Genève, wo es zur ersten Fühlungsnahme mit den westlichen Staatsmännern kam, was dann im Verlauf des Sommer 1931 weitere Ministerbefehle zur Folge hatte. Diese außenpolitischen Fragen wurden zunächst durch die finanzielle Entwicklung Deutschlands etwas in den Hintergrund gedrängt, folgte doch der Inkraftsetzung des Sommerabkommens vom 10. Juli 1931 die berühmte Danabank vom 13. bis 16. Juni, in der die Notverordnung betr. die Reichsgarantie für die Danabank sowie die anschließenden Bankfeiertage geschlossen wurden, was eine Reihe weiterer Notverordnungen über den Devisenverkehr, über den Zahlungsvorgang der Banken, die Welle, die Kapital- und Steuerlast, und die Auslandszahlungen zur Folge hatte. Ende Juli wurde sodann das Finanzprogramm fertiggestellt, und Brüning und Curtius führten zunächst nach Paris, um mit Laual und Tardieu zu verhandeln und die anschließende Londoner Konferenz vorzubereiten. Am 26. Juli besuchte der amerikanische Staatssekretär Stimson Berlin, am 27. Juli trafen Macdonald und Henderson in Berlin ein und am 7. August reisten Reichsminister Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius nach Rom, wo das Befehlsprogramm zunächst seinen Abschluß fand.

Die französischen Staatsmänner Laual und Briand trafen am 31. August zu ihrem Gegenbesuch in Berlin ein, während der italienische Außenminister Grandi in Vertretung des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini den Gegenbesuch der italienischen Regierung am 25. Oktober 1931 in Berlin abstattete. Im Verlaufe der internationalen Auseinandersetzungen um die deutsch-österreichische Zollvereinbarungen kam es am 6. Oktober zum Rücktritt des Reichsaußenministers Dr. Curtius und tags darnach trat Brüning als Mission des ersten Kabinetts Brüning. Dr. Brüning wurde sofort mit der Neubildung der Regierung beauftragt und es gelang ihm schon in zwei Tagen, sein neues Kabinetts zu bilden, das nur einige Veränderungen gegenüber dem ersten Kabinetts mit sich brachte, als Prof. Warnebold zum Reichswirtschaftsminister, der bisherige Staatssekretär Zoel zum Reichsjustizminister und der Reichswirtschaftsminister mit der Wabnung der Gesetze des Reichswirtschaftsministeriums beauftragt wurden. Bei seiner Vorstellung vor dem Reichstag gelang es Dr. Brüning, sich wiederum eine Mehrheit zu sichern und den Reichstag vom 23. Februar 1932 zu vertagen. Am 8. Dezember 1931 wurde die dritte Notverordnung veröffentlicht, die zugleich

Die französische Sozialdemokratie regierungsbereit

Französischer Sozialistenkongreß

Die Radikalen haben die Entscheidung / Schicksalsironie in Deutschland

Paris, 30. Mai (Via. Draht). Der französische Sozialistenkongreß legte am Montag die Debatte über die Frage der Regierungsbeteiligung fort.

Die interessanteste Rede war die Vincent Auriols, der, wie er sagte, mit solchen Argumenten die Opportunität der Mitarbeit an der Regierung darlegen wolle. Aber diese Mitarbeit müsse auf Grund eines Programms durchgeführt werden, das dem Willen der Wähler entspreche. Es müsse der Aufrechterhaltung des Friedens und dem wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewicht gewidmet sein.

Frieden und Abrüstung seien an die Frage der deutschen Reparationsabstufungen gebunden.

Die Formel Frankreichs „Wir werden nur in dem Maße unsere Schulden an Amerika entrichten, in dem wir von Deutschland bezahlt werden“, sei eine retardierende Formel. Deutschland müsse wieder autark sein. Aber man dürfe nicht vergessen, daß es schon bezahlt habe. Die Reichsregierung behaupte, Deutschland habe schon das bezahlt, was es schulde. Die französische Regierung behaupte das Gegenteil. Um die Wahrheit festzustellen, sei eine dem Vorschlag Blums betreffend

eine internationale Sachverständigenuntersuchung zu folgen. Dadurch, daß man, als es noch Zeit war, nicht die These des internationalen Sozialismus angenommen habe, habe man Deutschland alle internationalen Schulden aufgebürdet. Die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands hängt von der wirtschaftlichen Organisation Europas ab und diese irreteils von der allgemeinen Abrüstung.

Grumbach erklärte, er sei für eine vorbehaltlose Regierungsbeteiligung auf der Grundlage eines konkreten Programms.

Die Ironie der Ereignisse wolle, daß in dem Augenblick, in dem in Frankreich die Linke aus der Regierung kommt, in Deutschland das Gegenteil der Fall sei.

Man müsse aber die Gründe der Entwicklung der Stillerbewegung verstehen. Die französischen Sozialisten müßten verhindern, bei den Anhängern Stillers die Hoffnung aufkommen zu lassen, daß Deutschland eines Tages wieder aufrücken könne.

Leon Blum, der Führer der französischen Sozialisten, zog gewissermaßen die Bilanz aus den gesamten Reden und legte unter fast einstimmigem Beifall des Kongresses die gegenüber den Radikalen in den nächsten Tagen einzunehmende Haltung dar. Die von vielen Rednern ausgesprochene Meinung, daß das Ergebnis der Wahlen die Lage geändert habe, und für die Mitarbeit unter allen Umständen spreche, teile er nicht. Die Frage der Beteiligung an einer radikalen Regierung habe sich jetzt von selbst gestellt, weil die Radikalen die Unterfunktionspolitik nach dem Muster von 1924 abgelehnt hätten. Außerdem werke die Sozialistische Partei für sich selbst diese Frage auf. Die meisten Bezirksverbände der Partei hätten in ihren Entschliessungen zum Ausdruck gebracht, daß es unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich sei, die Spotsche der Beteiligung von vornherein abzulehnen.

Die Beteiligung entspreche den Wünschen der Bevölkerung des Landes und werde auch vom Ausland erwartet. Aber

sie dürfe nicht ohne Bedingungen oder Garantien durchgeführt werden.

Diese Bedingungen, die nicht für die Radikalen, sondern für die Sozialistische Partei selbst aufgestellt werden, müßten Laten entsprechen. Es handle sich für die Partei nicht darum, wie andere Parteien in der Regierung sitzen, ihre Beteiligung müsse mit einer Forderung in innen- und außenpolitischer Hinsicht verbunden sein.

Blum sprach sich dann über die Bedingungen aus: Die erste sei die Abrüstung. Sie sei zugleich eine Frage der allgemeinen Politik und der Budgetpolitik, ferner eine Vorbedingung für die Konferenz von Lausanne.

Frankreich dürfe durch die Ablehnung der Abrüstung Stiller nicht einen Vorwand für die Wiederaufrichtung Deutschlands geben. Die Kontrolle der Abrüstung müsse durch die internationalen Organisationen und die internationale Arbeiterbewegung gesichert werden. Was die Lausanner Konferenz anbetreffe, so liege die Hauptfrage nicht in der Bezahlung der Reparationen, sondern darin, ob in Lausanne eine Zusammenarbeit der Völker und eine internationale Zusammenarbeit der Banken und der Großindustrie zu Stande komme.

Die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen werde schon in den nächsten Wochen aufgeworfen werden, wenn die Gesellschaften vom Parlament Maßnahmen zur Behebung ihrer Defizite verlangen werden. Die Verstaatlichung würde keinerlei neue Lasten für das Land mit sich bringen. Mit der Nationalisierung der Versicherungsgesellschaften sei dasselbe der Fall, wenn es müßten Mittel zur Weiterbehandlung der Arbeitslosenunterstützung gefunden werden. Als weitere Bedingungen müßten u. a.

die Einführung des Verhältniswahlrechts, das Verbot der privaten Waffenfabrikation und die Durchführung der Biersteuernabgabe gefordert werden.

Alle diese Bedingungen müßten so formuliert werden, daß sie von den Radikalen angenommen werden können und sogar müssen (Lebh. Beifall). Anschließend äußerte sich Blum über das weitere Verhalten der Partei. Das Programm für die Mitarbeit werde am Dienstag vom Kongreß angenommen werden. Einer besonderen Mitteilung an die radikale Partei bedürfte es nach seiner Ansicht nicht. Wenn die radikale Partei, deren Exekutivausschuß am Dienstag abend zusammenkomme, dann mit ja antworte, sei die Partei durch diese Antwort gebunden und der Kongreß brauche nicht von neuem zu beraten.

Wenn die Radikalen mit nein antworten, sei die Angelegenheit für die Partei geregelt.

Wenn die Radikalen ausweichend antworten in dem Sinne: „Wartet ab! Habt Vertrauen zu uns, wir werden uns schon verständigen“, dann bedeute das nach seiner Ansicht ebenfalls ein Nein. (Lebh. Beifall). Wenn die Radikalen erklären, sie würden einen Punkt annehmen, einen anderen ablehnen und für einen dritten Gegenorschlag machen, dann müßte der Kongreß von neuem entscheiden.

einen Burgfrieden bis zum 3. Januar 1932 verkündete. Die ersten Monate des neuen Jahres standen vollkommen im Zeichen der Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl, wo Dr. Brüning zunächst den Versuch machte, auf parlamentarischem Wege die Verlagerung der Präsidentschaft Hindenburgs durchzuführen, was aber scheiterte, da sowohl Hitler als auch Hugenberg diesen Weg ablehnten. Es kam am 13. März zum ersten und am 10. April zum zweiten Wahlgang, wobei Reichspräsident v. Hindenburg wiedergewählt wurde. Am 13. April unterzeichnete der Reichspräsident eine Notverordnung, durch die die SA- und SS-allemeine verboten wurden. Im Anschluß daran richtete er in einem Schreiben an den Reichsinnenminister die Forderung, eine genaue Untersuchung über die Verhältnisse bei den übrigen Wehrorganisationen anzustellen und ihnen nötigenfalls die gleiche Behandlung angedeihen zu lassen. Die innerpolitische Situation nahm im Verlaufe der allgemeinen wirtschaftlichen und internationalen Verwicklungen immer kompliziertere Formen an, was schließlich auch noch der Ausganga der Präsidentschaften und das damit verbundene starke Anwachsen der Nationalsozialisten nicht unwesentlich beitrug. Die letzte Sitzung des Reichstages endete wiederum mit der Ablehnung der eingebrachten Mißtrauensvoten gegen das Kabinetts, doch konnte über die eingebrachten Einzelmißtrauensvoten nicht abgestimmt werden, da die Zwischenfälle im Reichstagsrestaurant die Sitzung aufzulegen ließen.

Eine Ablage des Zentrums an die Nazis

Stuttgart, 30. Mai. (Via. Meldung). Das Scheitern der Regierungsbildung in Württemberg infolge Ablehnung der nationalsozialistischen Machtsprüche durch die anderen bürgerlichen Parteien, hat zu einer solchen Verhärtung des Verhältnisses zwischen den Nationalsozialisten und insbesondere dem Zentrum geführt, daß an eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Das württembergische Landesorgan des Zentrums setzt sich heute mit dem nationalsozialistischen Fraktionsführer, Abg. Murr, auseinander, der die Begründung des Zentrums für seine Weigerung, den Nazis das Staatspräsidium sowie das Innenministerium und damit auch die Polizei zu überlassen — in unserer „mit gefährlichen Entwicklungstendenzen so gefüllten Zeit“ müsse die Führung des Staats in zuverlässigen Händen bleiben — als eine „Unverfrorenheit“ bezeichnet und sich die darin

ausgesprochene „Diffamierung der nationalsozialistischen Bewegung“ auf das energischste verheben hatte. Darauf antwortet das Zentrum nun wie folgt:

„Die Nationalsozialisten mögen sich aufregen wie sie wollen: Das Zentrum geht von seiner Haltung nicht im geringsten ab, und auch von unserer Begründung dieses Verhaltens nehmen wir kein Wort zurück. Das Zentrum traut den Nationalsozialisten ein hohes Maß von Loyalität zu in der Ausübung der staatlichen Machtmittel, wenn sie über diese verfügen würden.“

Das Blatt weist dann weiter den Vorwurf zurück, daß es die unstrittigen Fehler lediglich dem Zentrum erheben wolle. Das Zentrum sträube sich nicht gegen eine Veränderung des jetzigen Zustandes, jedoch:

„Eine unerlässliche Voraussetzung dafür war und ist, daß diese Fehler in zuverlässigen Händen bleiben. Diese verlangte Zuverlässigkeit aber ermangelt den Nationalsozialisten ganz und gar.“

Unter diesen Umständen können die Nationalsozialisten, nachdem sich der Landtag durch ausdrücklichen Beschluß darauf festgesetzt hat, daß eine neue Regierung nur mit absoluter Stimmenmehrheit gebildet werden kann, zu einer Mehrheitsbildung der bürgerlichen Parteien aber das Zentrum nun einmal nötig ist, ihre Ansprüche auf eine Beteiligung an der württembergischen Regierung für die nächsten vier Jahre als erledigt betrachten.

Amisenthhebung des braunschweigischen Hochschulrektors

Politische Hintergründe

WFA. Braunschweig, 30. Mai. Auf Verfügung des nationalsozialistischen braunschweigischen Staatsministeriums ist gegen den Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Dr. ing. Otto Schmitz, die Einleitung des förmlichen Dienststrafverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung wegen Verstoßes gegen § 13 des Staatsbeamtengesetzes eingeleitet. Prof. Dr. ing. Schmitz ist gleichzeitig bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Dienststrafverfahrens von dem Amte eines Rektors der Technischen Hochschule und eines Hochschulprofessors entbunden.

Bei jedem Getreide- und Malzkaffee verwendet man mit Vorteil als Zusatz eine gute Kaffeewürze. Dadurch wird das Kaffeetränk kräftig und wohlschmeckend. Die beste und ausgiebigste Kaffeewürze ist „Mühlen Franck“



Freistaat Baden

Die Sühne für die Mordtat in Rheinbischofsheim

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird unter obigem Titel mitgeteilt:

Das Schwurgericht in Offenburg hat mit Urteil vom 21. November 1931 die Ehefrau Sofie Schütt geb. Rapp aus Freistett und ihren Knecht Karl Wiederrecht aus Rheinbischofsheim wegen gemeinschaftlicher Ermordung der Schwiegermutter der Frau Schütt zum Tode verurteilt. Das Staatsministerium hat Ehefrau Schütt geb. Rapp zu lebenslänglichem Zuchthaus beantragt, dagegen von einem Gnabenerweis bezüglich des Karl Wiederrecht abgesehen.

Bei Frau Schütt hat das Staatsministerium Gnade wollen lassen, da sie Mutter von vier Kindern ist; diese ungeschuldeten Kinder sollten nicht für die Zukunft damit belastet werden, daß ihre Mutter auf dem Schafott geendet hat. Bei Wiederrecht, der auf dem feinen Mord an der alten Frau Schütt seine wirtschaftliche Existenz aufzubauen hoffte, also aus schmöder Gewinnlust handelte, und der die Tat mit kalter Berechnung vollführte, konnte das Staatsministerium keine für einen Gnabenerweis sprechenden Milderungsgründe finden.

An Wiederrecht ist die Todesstrafe am 30. Mai 1932 vollstreckt worden.

Die Arbeitslosenbedingung in Nordbaden

D.3. Bruchsal, 28. Mai. In Anwesenheit des Präsidenten des Landesarbeitsamts Süddeutschland Stuttgart tagte der geschäftsführende Ausschuss des Arbeitsamts Bruchsal. Die Sitzung hatte den Zweck, die Möglichkeiten der Arbeitslosenbedingung in Nordbaden und im Bezirk Bruchsal mit den maßgebenden Instanzen zu erörtern. Nach einer Besichtigung der Meliorationsarbeiten im Bruchgelande der Gemeinde Oberhausen hielt Oberbaurat Bonikel (Heidelberg) einen Vortrag über die Möglichkeiten der Arbeitslosenbedingung in Nordbaden. Anschließend erstatteten die Landesökonomieberater Köhler und Bouc Bericht über die Maßnahmen, die zur Umschulung von Fabrikarbeitern in die Landwirtschaft beim Arbeitsamt Bruchsal zur Durchführung gelangen. Die Besprechung ergab Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Förderung der Arbeitslosenbedingung.

Dienstprüfungen der Volksschulkandidaten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Auf Grund der Bestimmungen der §§ 1-3 der Verordnung über die Dienstprüfung der Volksschulkandidaten vom 30. Juli 1912 (S. 192, S. 197 ff.) wird an der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe (Bismarckstraße 10) im Herbst ds. J. zum letztenmal eine Dienstprüfung für Schulkandidaten alter Ordnung abgehalten, der genaue Zeitpunkt der Prüfung wird im Amtsblatt noch bekanntgegeben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine dauernde Verwendung im Schuldienst nur für diejenigen Volksschulkandidaten in Betracht kommt, welche die Dienstprüfung abgelegt haben.

Diejenigen Schulkandidaten alter Ordnung, die an der genannten Dienstprüfung teilnehmen wollen, haben ihre Gesuche um Zulassung mit dem in § 5 der Verordnung vorgeschriebenen Inhalt und den dort bezeichneten Belegen spätestens bis 10. Juli 1931 auf dem in § 6 der Verordnung vorgeschriebenen Wege beim Unterrichtsministerium einzureichen. Sollte ein Schulkandidat wegen besonderer Verhältnisse an der Prüfung im Herbst nicht teilnehmen können, so hätte er längstens bis zum 1. Juli ds. J. ein Zurückstellungsgeßuch unter Angabe der besonderen Gründe vorzulegen.

Nazi und katholische Kirche

In Baden werden sich gewisse nationalsozialistische Kreise zwecks Gimpelfang ein „katholisches Mäntelchen“ um. Es ist deshalb am Plage, den Nationalsozialismus sich einmal ohne Maske anzusehen, wie aus folgender Zuschrift aus Schleitheim hervorgeht:

„Was sich heute die Nazistrolche an Behauptungen und rüden Ausfällen gegen die katholische Kirche und gegen ihre Würdenträger leistet, dafür wird man vergebens ein Beispiel suchen aus irgend einer Zeit und aus irgend einer Zeitschrift der sogenannten Gottlosenbewegung. Eine der Hauptstreiter auf dem Nazimarkt ist in dieser Beziehung der in Breslau erscheinende Schlesiische Beobachter“. Seitenlang schüttet er wiederum am 21. Mai seine Unflätscheln gegen Bischöfe und Pfarrer, und warum? Weil in Preußen ein Pfarrer bei der Beerdigung eines nationalsozialistischen Journalisten verboten hatte, Sakramentszeichen und Sakramentszeichen in die Kirche mitzunehmen. Auf dem Friedhof mußte sauer der Pfarrer Polizei herbeirufen, damit ihm die ungehörige kirchliche Handlung möglich war. Darob ein wütendes Gesetzt über „das schamlose Verhalten des Zentrumsgeistlichen“, der des Priestertodes nicht würdig sei, über „den Burschen, der sich noch für seinen Streich zur gegebenen Zeit zu verantworten habe“.

In der gleichen Nummer des gleichen Blattes eine zweispaltige Ueberschrift: „Zubeinander Empfangen von Heines in Breslau“. Kein Hofberichter Wilhelm II. trotz je von solcher Speichelkrederei und Unterwürfigkeit, wie dieser Artikel, der den Eingang des Fremdenräbers und Prügelhelden schließt. „Im geschmiedeten Kraftwagen von Hunderten am Bahnhof abgeholt — brausendes Heil — von den angesammelten Menschen umhüllt und mit Blumen überschüttet — Begrüßung durch Hauptmann a. D. . . . zur Erinnerung Plafette überreicht — Dank — begeisterte Zurufe — braulende Heilrufe — es schwall die Begeisterung — Beweis, daß die Bevölkerung das mannhafte Auftreten von Heines im Reichstag gebührend zu würdigen weiß und daß Heines die Ehre des Führers und die eigene in der einzig richtigen Form zu verteidigen gewußt hat.“ Bum!

Die Moral: täglich werden die katholische Kirche und ihre Geistlichen in der inkompetentesten Weise von den Nazistrolchen bespottet und beschimpft. Täglich werden die Katholiken als „schwarze Vaterlandsverräter und Landesverräter“ denunziert, mit denen bald Abrechnung gehalten werde. Verschleht dann die selbe Kirche ihr Haus gegenüber den Raben und Aeschen dieser sie mit Mord und Brand bedrohenden Gesellschaft, dann ist das schamlos, antinationalen und die Ehre der Nation schändendes Verhalten. Kommt aber ein wegen Tödschlag verurteilter Fremder, der lochen im Parlament in der feilsten und würdelosesten Art und zusammen mit fünfzig anderen Randles einen Behriofen überlassen und mißhandelt hat, und deshalb mit drei Monaten Gefängnis bestraft wird, kommt ein solcher Bursch gegangen, dann gibt es nicht Blumen und Weibkraut genug, ihn zu feiern und als Zierde der Nation zu preisen. Armes Deutschland!

Schwer gefährdete Sozialleistungen

Warnung und Protest der Gewerkschaften

In Stuttgart traten am Samstag die Gau- und Bezirksleiter der freien Gewerkschaften Süddeutschlands im Gewerkschaftsbund zu einer bedeutenden Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der vom süddeutschen Bezirksleiter des ADGB, Reimer (Stuttgart) geleiteten Tagung stand die Stellungnahme der Gewerkschaften zur sozialpolitischen Situation und zu den nationalsozialistischen Wählerzügen in den Betrieben. Der Sekretär des Bundesvorstandes des ADGB, Dr. Broeker gab eine, von solider Sachkunde getragene, überaus anschauliche und packende Darstellung der brennenden Probleme der Sozialpolitik. Sein Vortrag war eine an die Reichsregierung gerichtete scharfe Warnung, und man darf wohl erwarten, daß dieser Warnungsruf aus Stuttgart in Berlin gehört wird. Der Grundstoff dieses Warnungsrufs ist von unerkennbarem Ernst: das Maß des Unerträglichkeit ist voll.

Bei den Defiziten, die sich fast in allen Zweigen der Sozialversicherung ergeben — führte Dr. Broeker aus — handelt es sich keineswegs um eine Auswirkung des Sozialversicherungs-„Systems“, sondern hier treten die natürlichen Folgen der Arbeitslosigkeit und des Lohnabbaus auf. Die Lage des am härtesten unversicherten Versicherungsweiges, nämlich der Arbeitslosenversicherung, ist wenigstens, wenn man sie für sich betrachtet, augenblicklich keineswegs unheilhaft. Gewiß hat eine starke Abwanderung der Unterstituten zur Kräftigung und Wohlfahrtspflege stattgefunden. Das rechtfertigt aber noch lange nicht das Defizit der Regierung, nun mit Hilfe der Versicherungsanstalt das Defizit der Gemeinden zu decken, das in erster Linie dadurch entsteht, daß das Reich keine Verpflichtungen gegenüber den Ausgeschiedenen nicht erfüllt hat. Die Ersparnisse in der Arbeitslosenversicherung, die man noch den Plänen der Reichsregierung der Kräftigung und den Gemeinden zuführen will, könnten nur mit einer ungeheuren Kürzung der Versicherungsleistung erzielt werden. Die Unterstützungsdauer wird man auf 13 Wochen verkürzen und die Unterstützungssätze um 20 bis 50 Prozent herabsetzen, um so die Gesamtergebnisse der Versicherung von 1200 Millionen um 400 zu verringern. Trotzdem soll der 64prozentige Beitrag weiter erhoben werden und überdies auch noch eine 14prozentige Beschäftigungssteuer hinzutreten. Die Arbeitnehmer würden also die doppelte Last der Leistungsfürsorge und der Steuer- und Beitragszahlung zu tragen haben.

Auch in der Invalidenversicherung scheint man ähnliche Wege gehen zu wollen, um den monatlichen Fehlbetrag von 28 Millionen zu decken. Soweit wie bisher bekannt wurde, kann man mit Kürzung der Invalidenrente um 6, der Witwenrente um 5 und der Rentenrente um 4 M. rechnen. Ein Abbau ist auch auf dem Gebiet der Kranken- und Unfallversicherung geplant. Von der Kranken- und Unfallversicherung abgesehen, deren Leistungen ja bereits beträchtlich gekürzt wurden, soll also weiterhin die gesamte Sozialversicherung neuen gemäßigten Einrisiken ausgesetzt werden.

Die schonungslose Aktivität, die die Regierung auf diesem Gebiet entfaltet, steht in einem krassen Gegensatz zu ihrer Passivität in allen Fragen, die eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführen könnten und allein an die Wurzel des Übels heranziehen. Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung ist bisher trotz aller Vorparaden nichts geschehen. Wohl wurden einige Entwürfe

für Verordnungen ausgearbeitet. Diese muß man aber als völlig unzulänglich, ja geradezu gefährlich bezeichnen; denn danach will man in die Verfürsorge vor allem Gewerbeswelke einbestehen, in denen bereits starke Kurzarbeit zu verzeichnen ist. Nur eine allg. e m e i n e gezielte Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, die unterschiedslos alle Gebiete ergreift, kann erfolgreich sein. Nach den Berechnungen des ADGB könnten dann etwa 700 000 Arbeiter wieder Beschäftigung finden. Allerdings kämbe eine solche Verkürzung der Arbeitszeit immer schwerere Opfer der Arbeitnehmer in sich, wenn die Regierung ihre Politik des Lohnabbaus weiterhin forsetzt.

Der Einbruch verläßt sich, daß die Regierung die Ueberlegenheit der Arbeitgeber, die sich aus der Arbeitslosigkeit ergibt, nicht einzunutzen gedenkt; denn es ist weder eine gezielte Verlängerung der Tarifverträge erfolgt noch sind die Schlichter zum Schutz der Arbeitnehmer aufgetreten. Das Reichsarbeitsministerium hat durch keine Zauder-Taktik vielfach den Weg zu einem einseitigen Diktat der Arbeitgeber im Lohn frei gemacht. Ungeheuer sind vor allem die Angriffe der Arbeitgeber im Rangeweise, wo z. B. der Metznerlohn auf 85 bis 45 Pfennig gesunken ist und bei den Malern Kürzungen von 30 bis 40 Pfennig zu verzeichnen sind.

Obne eine Lösung der entscheidenden Frage, nämlich der Frage der Arbeitsbeschaffung, ist ein Ausweg nicht zu finden. Es ist falsch, über die Fragen der Außenpolitik die brennendsten Fragen, die sich aus der unmittelbaren Not des Volkes ergeben, zu vernachlässigen. Wenn die Arbeitsbeschaffung auch nicht die Kräfte beben kann, namentlich soweit sie international bedingt ist, so kann doch das Vertrauen der Arbeiterschaft nur dann gestärkt, kann politische Beruhigung nur dann geschaffen werden, wenn weiterhin sichtbar alle Möglichkeiten einer Arbeitsbeschaffung ausgeschöpft werden. Falls ist, Einrichtungen, denen in erster Linie nur eine pädagogische und pädagogische Bedeutung zukommt, in den Mittelpunkt der Arbeitsbeschaffung stellen zu wollen. Das gilt vor allem für den freiwilligen Arbeitsdienst. Man wird diesem Problem nur dann gerecht, wenn man es von der Frage der Arbeitsbeschaffung trennt; denn der freiwillige Arbeitsdienst schafft weder neues Einkommen noch neue Steuerabgaben und Beitragsabgaben. Er kann, wenn man ihn von politischer Beeinflussung frei hält und auf ungewissen, aufzufällige Beschäftigungen beschränkt, für die arbeitslose Jugend von großer Bedeutung sein, weil er sie von der demoralisierenden Unfähigkeit befreit. Ebenso muß ernsthaft geprüft werden, ob nicht ohne Gefährdung des Arbeitsmarktes der freiwillige Arbeitsdienst an einer auf die Arbeitslosen beschränkten Gegenseitlichkeitshilfe ausgebaut werden kann. Auch an die wirtschaftliche Kleinbedingung wie an die landwirtschaftliche Siedlung darf man keine übertriebenen Hoffnungen knüpfen. Ein „Krienselbst“ wieder krienselbst geworden ist.

Die Arbeiterschaft muß heute gegenüber allen reaktionären Kräften um so lauter ihr Bekenntnis zur Umgestaltung der Wirtschaft in sozialem Sinne wiederholen. Die gesamte Arbeiterschaft muß einmütig von der Regierung verlangen, abzusagen von der einseitigen Belastung und Entlastung der Arbeitnehmer und Arbeitslosen. Die Regierung muß endlich ihren Verpflichtungen eingedenk werden, die sie jenen gegenüber trägt, die bisher stets die einzigen Stützen des Staates gewesen sind.

Die Unternehmerpresse gegen Sozialabgaben

Haarträubende Unmenslichkeit

Ein neuer Sozialabbau steht vor der Tür. Er bedeutet für die Arbeiterschaft eine neue harte Belastung. Was aber tun die Seiten des Unternehmertums? Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie erklärt, der Ausgleich der öffentlichen Haushalte dürfe auf keinen Fall durch neue Steuern verübt werden. Bei der fortgesetzten Schrumpfung des Umsatzes bedeuteten die Verwaltungslofen der öffentlichen Hand einschließlich der sozialen Abgaben eine unerträgliche Belastung der Produktion. Die wichtigste Aufgabe der Regierung müsse deshalb sein, auf dem Wege über eine Reduzierung des Finanzauslasses, der Verwaltungsreform und der Arbeitslosenfürsorge endlich einen entscheidenden Schritt mit dem Ziel einer wirksamen Entlastung der Gütererzeugung zu tun. Das Kernproblem der Wirtschaftsführung müsse sein, die Wirtschaft lebensfähig zu halten und das Vertrauen auf die Möglichkeit eines Aufstieges wieder zu beleben.

Diese Stellungnahme des Präsidiums des Reichsverbandes ist durch die von der Unternehmerpresse in den letzten Tagen der Regierung und vor allem dem Reichsarbeitsminister gemachten schweren Vorwürfe vorbereitet worden. Der Abbau der Arbeitslosenhilfe, die Senkung der Invalidenrenten und die Lockerung des Tarifschutzes — all das genügt noch immer nicht den Leuten, die über die Not der Wirtschaft klagen und dabei noch wie vor noch immer sehr hohe Bezüge einstreifen. In diesen Beispielen bemerkt der Führer der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, im Deutschen: „Man muß zur Entschuldigung dieser Kreise annehmen, daß sie über die wirklich traurige Lage der breiten Masse des Volkes nicht orientiert sind. Sollte das aber doch der Fall sein, dann sind ihre Forderungen von einer geradezu haarträubenden Unmenslichkeit. Sie sind zudem staatsgefährlich.“

Trifft die geplante neue Rentenordnung in Kraft, dann beträgt fünfzig die Durchschnittsunterstützungssatz für den Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung rund 9 Mark in der Woche! Dem Reichsverband ist das noch zu viel!

Die Zusammenstöße in Bombay

M. A. Bombay, 30. Mai. Bei den Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern wurden seit dem 14. Mai 200 Personen getötet und mehr als 2000 verletzt.

Beschlagnahme der Süddeutschen Arbeiterzeitung

Vom Stuttgarter Volksrechtshof ist die kommunistische Süddeutsche Arbeiterzeitung vom 30. Mai auf Grund der neuen Notverordnung über die Auflösung der kommunistischen politischen Organisationen, die damit ihre erstmalige Anwendung fand, beschlagnahmt und eingezogen worden.

Volkswirtschaft

Macdonald

fordert Weltwirtschaftskonferenz

Macdonald erklärte einem Vertreter der Daily Mail, daß die Lausanner Konferenz nicht nur die Reparations- und Schuldenfrage, sondern auch das größere Problem des Niederganges der internationalen Handels mit Energie in Anschlag nehmen müsse.

Wiener Bankverein in Schwierigkeiten

Wien, 30. Mai. (Eig. Ber.) Der Wiener Bankverein, eine der bedeutendsten österreichischen Großbanken, ist in Schwierigkeiten geraten, die eine Aktion zu seiner Sanierung notwendig machen. Wie aus der Bilanz des Unternehmens hervorgeht, hat dieses große Verluste erlitten, das eine Herabsetzung des Aktienkapitals um die Hälfte unermittelbar war. Zu diesem Zwecke mußten neben den gesamten Mittel des Reservefonds herangezogen werden, so daß in diesem nicht mehr als 5 Millionen Schilling übrig blieben. Um das Unternehmen zu retten und ihm die Weiterarbeit zu ermöglichen, hat ein ausländisches Bankensortiment, welches unter Führung zweier belgischer Banken und der Deutschen Bank-Disconto-Gesellschaft steht, einen Betrag von 13 Millionen zur Verfügung gestellt. Weitere 10 Millionen wurden von einem österreichischen Konsortium zu Sanierungszwecken des Bankvereins zur Verfügung gestellt. Man glaubt, daß die Bank durch diese Sanierungsaktion wieder flott gemacht ist und ihren Betrieb unbeeinträchtigt weiterführen können wird.

Die Bergmann Elektrizität A.G., nächst Eilenburg und der A.G. einer der größten Elektroenergie Deutschlands, legt für 1931 eine Verlustrechnung vor. Der Abschluß übertrifft die schlimmsten Erwartungen. Die Bilanz nach den Verlustgerichten der Bergmann gebot hatte. Dies trifft insbesondere auf die Bergmann zu, die Ende 1931 noch 2700 Mann umfaßt hatte, zur Zeit aber nur auf 2700 Mann abgebaut ist und im Verlauf dieses Jahres noch auf weniger als 1500 Mann sinken wird. Der ganze Umfang der Bergmannkatastrophe zeigt darin, daß dieser Konzern noch vor fünf Jahren eine Beschäftigung von über 10 000 Metallarbeitern beschäftigte. Die Gesellschaft, an der die Reichsmenschen und A.G.-Konzern maßgeblich beteiligt sind, schloß das Geschäftsjahr 1931 mit einer Gesamterlust von 26,3 Millionen Mark ab. Bergmann hat also in dem vergangenen Jahresjahr weit über die Hälfte des Aktienkapitals von 44 Millionen Mark verloren. Nach Verlusten von 18,8 Millionen Mark. Ueber die weitere Sanierung des Bergmannkonzerns von 7,5 Millionen Mark befindet sich ein Bericht vom 18. März. Ueber die weitere Sanierung noch schuldig werden. Die Zusammenlegung wird sich die Verwaltung noch schuldig werden. Die Verberungen, die die Arie der Bergmann angeht, hat, kommen am dramatischsten bei den Umwälzungen zum Ausdruck. Nach 1929 betrug der Jahresumsatz 116 Millionen Mark; er ging 1930 auf 78 und 1931 auf 48 Millionen Mark zurück.

Hilferike will Fliegerin werden

So wird in Standalblättchen gearbeitet

Halle, 30. Mai. (SP.) Der Schnellrichter beim Amtsgericht Halle verurteilte heute den verantwortlichen Redakteur der Neuen, eines Standalblättchens, das seine Hauptaufgabe im Verbreiten erotischer Dinge sieht, zu 3 Monaten Gefängnis und sofortiger Verbannung. Das mit dem Hakenkreuz sympathisierende Blättchen hatte dem Kreisarzt Dr. Hillenberger in einem sensationell aufbereiteten Artikel zum Vorwurf gemacht, gegenüber einem 29 Jahre alten Fräulein Boigt, Mitglied der NSDAP, seine Amtspflicht verletzt zu haben. Die Hilferike hatte sich in den Kopf gesetzt, Fliegerin zu werden und verlannte vom Kreisarzt das ihm erforderliche Attest. Der Arzt lehnte das ab, da er auf den rechten Witz erkannt, wen er vor sich hatte. Der Direktor der staatlichen Universitätsklinik Halle erklärte sie für geistig unzurechnungsfähig. Uebrigens ist sie seit März entmündigt. Nachdem erst ihr der mit ihr befreundete Geschäftsführer des Standalblättchens in Halle, Hauptmann Jüttner und die Redaktionen, den Fall im Standalblättchen zu kritisieren. Um die Sache gleichzeitig in einer Heise gegen das System auszuwirken, wurde der Kreisarzt schließlich als Sozialdemokrat hingestellt. Am Freitag war die Heise erschienen. Am Samstag vormittag wurde der dafür verantwortliche Redakteur im Gerichtsgebäude, wo er nach neuem Stoff aussah, festgenommen, vor den Schnellrichter gestellt, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, sofort eingesperrt und die Auflage der Zeitung beschränkt. Ein prominenter Stahlhelmführer und Nazis, also berufsmäßige Moralhüter, halten eine Hochschätzung, eine Person, die in eine Anstalt gebracht werden sollte, wenn sich ihr Zustand nicht bessert, für geeignet zur Erziehung der Jugend. Das sind nette Ausdrücke für das Dritte Reich!

Nazijünger in Schlemmerkneipen

Halle, 30. Mai. (SP.) Das Schöffengericht Halle verurteilte zwei Nazijünger, Geri Peters, und Kurt Burkert, zu 1 Jahr bzw. 3 Monaten Gefängnis. Peters, hoffnungsvoller Strohflügel eines altverehrten Regiments, ein D. Führer der Hilferike, hatte als lautmännlicher Vertreter der Nazis in der Halle, durch die Zeitung geleitet, den Verkauf von Freuden- und Freuden- und Freuden, also berufsmäßige Moralhüter, halten eine Hochschätzung, eine Person, die in eine Anstalt gebracht werden sollte, wenn sich ihr Zustand nicht bessert, für geeignet zur Erziehung der Jugend. Das sind nette Ausdrücke für das Dritte Reich!

Aus aller Welt

Der zweite Prozess gegen Schriftsteller Streder
 23. Potsdam, 28. Mai. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte heute der Schriftsteller Karl Streder zu verantworten. Die Anklage lautete auf vorläufige Verurteilung in Tateinheit mit Verführungsbetrug. Streder hatte bekanntlich seine Villa in Kleinmachnow in Brand gesetzt. In der ersten Schwurgerichtsverhandlung war er zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Das Schöffengericht hatte aber das Urteil aufgehoben, weil Streder bei seinen letzten Ausführungen einen Schwächeanfall erlitten hatte, infolgedessen er kein Rekrat nicht hätte beenden können. In der zweiten Verhandlung kamen vor allem wieder die persönlichen Freunde des angeklagten Schriftstellers zu Wort. Seine Kollegen Rudolf Heberer und Karl Rosner schilderten Streder als einen vornehmen und feinen Charakter, den sie niemals irgendeine verwerfliche Handlungswelt ausgetraut hätten. Als richterliche Sachverständige bezeichnete Medizinalrat Schlegel und Sanitätsrat Hermann die Ammendzeit des 8. 51.
 23. Potsdam, 30. Mai. Im Streder-Prozess beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Streder wegen vorläufiger Verurteilung in Tateinheit mit Verführungsbetrug die gesetzliche Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus. Der Staatsanwalt empfahl den Geschworenen ein Gnadengesuch für den Angeklagten.

Neue Heimat von Do X
 Das Flugzeug „Do X“ soll nach Ablauf der Berliner Besichtigungstage im Lübecker Wasserflughafen Travemünde stationiert werden. Von hier aus sind während des Sommers Reisen in die Ost- und Nordseeabende, gegebenenfalls auch Wochenendflüge nach Skandinavien geplant. Im Herbst wird „Do X“ auf seiner Heimat nach am Bodensee überholt werden.

Ein Musikarchiv
 Unter Leitung des Privatdozenten Dr. S. Mähle wird augenblicklich an der Technischen Hochschule Breslau ein Archiv für Musikwissenschaft und Musiktechnik eingerichtet. 10.000 Zeitungs- und 9000 Abbildungen sind der Grundstock der in Fachkreisen lebhaft begrüßten Sammlung.

Loß der „Kameradschaft“
 Die englische Akademie der schönen Künste hat dem deutschen Kameradschaft „Kameradschaft“ als dem „bemerkenwertesten Film des Jahres 1931“ eine goldene Medaille zugeeignet.

Explosionsunglück im Laboratorium der Höpfer Werke
 Frankfurt a. M., 30. Mai. In einem Laboratorium der Höpferwerke heute infolge Verletzung einer chemischen Substanz ein Unfall. Ein Chemiker und ein Laborant erlitten schwere Brandwunden. Die Verletzungen der Laboranten waren so schwer, daß sie nach der Einlieferung im Krankenhaus starben. Für den Chemiker besteht keine Lebensgefahr.

Professor Picard über einen neuen Stratoiphenflug
 Zürich, 30. Mai. (Eigene Meldung.) Professor Picard hat sich am Montag in Zürich aufgehalten und wird morgen wieder nach Basel zurückkehren. Er hat seiner Anwesenheit auch dazu benutzt, um der Presse einige Erklärungen über seinen nächsten Stratoiphenflug abzugeben. Danach wird er zusammen mit dem belgischen Piloten Copens den in Aussicht genommenen Flug unternehmen. Die Frage des Stortortes, ob Augsburg oder Zürich, ist zur Zeit noch unentschieden.

Das Ozeanflugzeug Brownes brennend abgesetzt
 Seattle, 30. Mai. Das Flugzeug, mit dem der New Yorker Flieger Prof. Brown nach Tokio gestartet war, geriet in Brand, als es mittels einer Schlauchleitung über dem Meere Betriebsstoff von einem anderen Flugzeug auszufüllte wurde. Das Flugzeug stürzte in das Meer. Brown konnte gerettet werden.

Fünf Opfer einer Familientragödie
 Frankfurt a. M., 30. Mai. Heute nachmittags wurde der Küffelsheimer Geschäftsmann Schmidt, seine Frau und seine drei Kinder im Alter von 8, 5 und 3 Jahren erschossen aufgefunden. Nach dem bisherigen Feststellungen hat Schmidt die Tat im Einzelnem mit seiner Frau beantragen. Schmidt betrieb in Küffelsheim ein Jagd- und Zeltlagergeschäft.

Papst Pius XI. 75 Jahre alt
 Rom, 30. Mai. Papst Pius XI. feiert am 31. Mai den 75. Geburtstag.

Der Devaheim-Prozess

Allerhand Erbauliches über Pastorspelen

Im Berliner Devaheim-Prozess bringt jeder Verhandlungstag neue skandalöse Enthüllungen. Je mehr die Verhandlung die umfangreiche Prozedur durchdringt, desto klarer enthußt sich dem Auge des objektiven Beobachters, daß es hier nichts, aber rein gar nichts zu entschuldigen gibt! Die fälschlichen Verurteile des Pastors Cremer, seine Handlungen zu bewähren und zu legalisieren, scheitern am Fortschreiten der Beweisaufnahme.

Die merkwürdigen Aufspelen

Der Aufspelenhändige Fiedler macht sehr interessante Angaben über das mysteriöse Reparaturkostenkonto des „Spornamen“ Pastors. Er bescheidet die angegebenen Sätze als ganz ungewöhnlich hoch und ungeheuer das Vierfache des Üblichen. Herr Cremer habe für knapp 20 Monate 9180 M. Spelen angegeben; für dieses Geld könne man bereits einen neuen Mercedeswagen kaufen. Wie erklärt sich nun der riesige Spelenbetrag des aufspelen Pastors? Der Angeklagte kann in keiner Weise befriedigende Auskunft geben. Da aber Cremer als nie kontrollierte Autorität tun und lassen konnte, was er wollte, sind natürlich auch keine Belege vorhanden. Das Geheimnis der ominösen Aufspelen kann nur geahnt, nicht geklärt werden.

Cremer auf Reisen

Als der besitzende Landgerichtsrat sich der Mühe unterzieht, einmal die bis jetzt aus der Discretion der Privatspäre ins Licht der Öffentlichkeit gerückten Einnahmen des Angeklagten Cremer zusammenzustellen, wird der Herr auf der Anlagebank um einige Nuancen heiser. Es ergibt sich die nette Summe von jährlich 28.000 M. (Fonds und Belege), wozu eine Pension in Höhe von 5000 M. kommt. Man sieht daraus, wie sehr bescheiden und sparsam Pastor Cremer zu leben mußte. Die Mißwirtschaft bei Deva-

heim war beispiellos. Ueber den Reisekostenfonds in Höhe von 6000 Mark hat Herr Cremer niemals Abrechnung gegeben —, als ihm aber jetzt vom Gericht vorgehalten wird, daß die Reisekosten doch jedem normalen Beobachter unverhältnismäßig hoch erschienen müßten, springt Herr Cremer auf und ruft: „Aber damit sind doch auch die Reisekosten der anderen Herren, die zu Sitzungen nach Berlin kamen, bestritten worden.“ — „Ja, das waren ganze 160 Mark!“ meinte der Besitzer lastschuldig.

Der unangenehme Kompagnon

Selbstgenug ist auch die Geschichte des Bankhauses Rambaum und Comp. Im November 1923 beschloß man, die Bankabteilung der Hika auszubauen und so entstand Rambaum u. Co., die evangelische Bank für nicht ganz evangelische Pörfengeschäfte. Dieser Bank gehörte auch der spätere Pastor Cremer und den Seinen mit allen seinen Spülen so großzügig übernommene Dr. Ribbert an. Er wurde, wie Rambaum dem Gericht versichert, ihm „förmlich aufkotiert“. Es ging merkwürdig zu in diesem Bankhaus. Ribbert bekam zwar ein immerhin nicht unbedeutendes Monatsgehalt von 2500 M., dies genügte ihm jedoch nicht. Er ließ sich von Rambaum u. Co. in kleineren Mengen, aber mit großer Häufigkeit, Gelder aus, bis er schließlich ein Schuldkonto von 140.000 M. hatte. „Dedung hat er nicht gegeben“, versichert Herr Rambaum treuherzig auf die diesbezügliche Frage eines Beiführers. Der Zeuge erklärt, daß ihm die Grundstücksgehäfte von Anfang an nicht bezahlt hätten; er war jedoch insonsequent genug, trotzdem Mitglied des einschlägigen Kontrahats zu werden. Als ich schließlich die Trennung durchführte, bestand ich darauf, daß die Hika das Konto Ribbert mit übernahm. Mein Verhältnis zu Ribbert war ungesund gespannt und ich war wirklich froh, ihn los zu werden.“ Eine Frage, die an den Kern der Dinge rührt: „Können Sie uns erklären, weshalb man, ohne verpflichtet zu sein, derartige Schuldenrisiken eingangs?“ Herr Rambaum ist höflich. Er sagt, kaum hörbar lächelnd, unwissend und nichtsagend die Achseln.

Partei-Nachrichten

Wechsel in der Geschäftsleitung der Verlagsdruckerei Volksfreund

Mit dem heutigen Tage scheidet der bisherige Geschäftsführer des Volksfreunds, Gen. Wolf Hartmeyer, aus, er ist in gleicher Eigenschaft an unsere Parteidruckerei in Nürnberg, die „Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H.“ berufen. Gen. Hartmeyer hat vor fünf Jahren seine Stellung hier angetreten, zu einer Zeit, als bei einer zurückstehenden Konjunktur eine Ausdehnung des Betriebs noch möglich war. Unter seiner Leitung ist der Neubau vollendet und besessen worden, mit dem Bezug des Neubaus wurde der Betrieb erheblich erweitert und weitere Maschinen beschafft. Diese Erweiterungen brachten naturgemäß auch Sorgen mit, die bei der heutigen Wirtschaftslage nicht geringer anmerken sind. Es muß festgestellt werden, daß die Volksfreund-Druckerei auf einmüchtigt ist und im Gen. Hartmeyer einen zielbewußten Leiter hatte, den es zu danken ist, daß die Druckereizugänge unseres Betriebs in der Fach- und Geschäftswelt, wie auch bei Behörden eine gute Beurteilung fanden. Es ist daher begründlich, wenn wir den Gen. Hartmeyer nicht gerne scheidend sehen. Wir wünschen ihm für seinen künftigen Wirkungsort denselben Erfolg und begleiten ihn unsere besten Wünsche. In seine Stelle tritt zunächst Gen. Carl Störbed, der zur Zeit unseren Pforzheimer Parteibetrieb leitet.

Aufsichtsrat der Verlagsdruckerei Volksfreund

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:

Freitag, den 3. Juni:
 Pforzheim-Budenberg: Abends 8 Uhr im Saal der Wirtschaft „Budenberg“ Frauenversammlung mit Vortrag von Gen. Dr. P. Auer-Karlsruhe.

Samstag, den 4. Juni:
 Pforzheim: Abends 8 Uhr im Saal der Wirtschaft „Budenberg“ Frauenversammlung mit Vortrag von Gen. Dr. P. Auer-Karlsruhe. Genußgenossen sind mitaufzuziehen.

Montag, den 6. Juni:
 Pforzheim: Abends 8 Uhr in der „Kostermühle“ Mitgliederversammlung. Reichstagsabgeordneter Gen. Marum-Karlsruhe spricht. Thema: Was erhoffen wir von Lausanne?

Genossen! Kommt in die Mitgliederversammlung nicht nur selbst, sondern bringt Genußgenossen mit! Benutzt jede Gelegenheit der Partei neue Mitglieder zuzuführen.

Der zweite Vortrag:
 „Die Marxsche Lehre vom Wert, Mehrwert und der Akkumulation des Kapitals“

Referent: Gen. Rechtsanwalt Haas-Karlsruhe

findet heute Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im Handarbeitsaal der Hebeschule (Ede Kreuz) und Marfarenststraße, Eingang im Hof) statt. Da es für wertvoller gehalten wird, Referat und Korreferat und möglichst auch die Diskussion in einem Abend zu erledigen, wird der Beginn des Vortrages auf 8 Uhr gelegt, mit der dringenden Bitte, pünktlich zu erscheinen.

Die Genußgenossen, Genossen und politisch auf unserem Boden lebenden Gewerkschaftler werden wiederholt aufgefordert, diese Vorträge, wozu jeder in sich abschließen ist, zahlreich zu besuchen. Die Vorträge behandeln in anerkennenswerter und für jeden verständliche Weise die marxistischen Grundprobleme, die jeder Genosse, jeder sozialdemokratische Gewerkschaftler kennen muß. Wir erwarten daher zahlreichen Besuch auch von Mitgliedern der umliegenden Ortsvereine.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Nachzügler anderer Parteien der Besuch der Vorträge nicht gestattet werden kann.

Am Saaleingang findet Buchkontrolle statt.

Das Parteisekretariat.

Aus dem Gerichtssaal

Urteil im Prozess wegen der Kathauschlägerei in Mannheim

23. Mannheim, 30. Mai. Wegen gefährlicher Körperverletzung werden verurteilt: der nationalsozialistische Stadtverordnete Geibel zu 100 M. Geldstrafe. Geibel hatte den gefährlichen Stich gegen den Stadtverordneten Seitingen geführt. Wegen einfacher Körperverletzung wurde der ebenfalls der nationalsozialistischen Kathauschlagerei angehörende Stadtverordnete Schmitt zu 40 M. Geldstrafe verurteilt. Von den Sozialdemokraten wurde Stadtrat Trumppfeller zu 50 M., Stadtverordnete Seitingen zu 70 M., Stadtrat Gräber zu 80 M., die Stadtverordnete Fischer und Weinbrecht zu je 40 M. verurteilt. Freigesprochen wurden die Nationalsozialisten Stief, Fehrmann, Kuntel und Kother und der Sozialdemokrat Weibel.

In der Urteilsbegründung betonte das Gericht, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Mannheimer Oberbürgermeister sein Amt unparteiisch führe. Der intellektuelle Urheber der Schlägerei sei der nationalsozialistische Stadtverordnete Fehrmann, der die beleidigenden Schimpfworte gegenüber den Sozialdemokraten ausgesprochen habe. Die Einzelheiten der Schlägerei seien schwer zu rekonstruieren.

Soziale Rundschau

Arbeitslosenunterstützung der Saisonarbeiter

Nach einem Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland Stuttgart vom 30. März 1932 endet der Zeitraum für die herkömmliche Arbeitslosigkeit in der Lederindustrie am 28. Mai 1932. Den in der Lederindustrie beschäftigt gemeldeten Arbeitslosen, die bisher Saisonarbeiterunterstützung erhalten haben, werden daher vom 30. Mai 1932 ab die erhöhten Sätze der Arbeitslosenunterstützung gewährt.

Aus der Stadt Durlach

(1) Den Verletzungen erlegen. Der beim Krankenbau von einem Auto überfahrene 48jährige Hilfsarbeiter Rüb aus Aue ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Bäckerei und Konditorei
ANTON HIPPIN
 Durlach-Aue, Hauptstraße 14, Fernsprecher 97
 Täglich Kaffee- und Teegebäck / Spez.: Hausmacher Eiernudeln
 Bestellungen von Kuchen, Torten, Backwaren alle Art, werden bestens ausgeführt

Wilh. Mayer
 Fabrikation feiner Fleisch- und Wurstwaren
 Killfelder Straße Nr. 18
 Filialen: Karlsruhe Allee 7, Auer Straße 64

Theod. Spranz
 Bäckerei und Konditorei
 Durlach-Aue Hauptstraße 78
 Telefon 484
 empfiehlt sich bestens

Gottlieb Oehler
 Brot- und Feinbäckerei
 Killfelder Straße 9
 hält sich best. empfohlen
 Spezialität: Fastenbrotzel

Friedr. Klingel
 Brot- und Feinbäckerei
 Auer Straße 52
 empfiehlt täglich frisches Kaffee- u. Teegebäck. Spez.: Selbstgem. Eiernudeln

Eine gute Tasse Kaffee trinkt jedermann gern. Auch in der Zeit, wenn jede Hausfrau guten Kaffee kochen. Und dazu billig! Jeder Kaffee — selbst ein aus wenig Bohnen bereiteter Kaffee — bekommt einen vollen kräftigen Geschmack und eine schöne Farbe, wenn man ihn mit Mühlen Brand zubereitet. Mühlen Brand ist nicht nur billig, sondern auch sehr ergebnis. Solls ein guter Kaffee sein, tue Mühlen Brand hinein!

Kleine badische Chronik

Unwetter über Baden-Baden

Am Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr wurde das Dostal von einem furchtbaren Unwetter heimgegriffen. Ein Wolkenbruch in Verbindung mit starkem Hagelschlag hielt etwa eine Viertelstunde lang die Bevölkerung in Schrecken. Namentlich Lichtental und die Altstadt haben schwer gelitten. Die Dostal verwandelte sich binnen kurzer Zeit in einen reißenden Strom. Die von den Höhen kommenden Wassermaßen rissen Straßen und Wege auf und führten alles fort, was nicht nieder und nagelstarr war. Die Hagelfürer erreichten die Größe von Kirchensteinen und lagen fast 10 Zentimeter hoch am Boden.

Seit Menschengebenden hat man ein derartiges Unwetter nicht erlebt, das an Feld und Garten ungeheuren Schaden angerichtet hat.

Folgenschweres Explosionsunglück

* Kehl, 30. Mai. Trotz aller Warnungen zur Vorsicht bei Verwendung von feuergefährlichen Flüssigkeiten gibt es immer wieder Leute, die glauben, diese Warnungen außer acht lassen zu müssen. So härtete auch der 35 Jahre alte Arbeiter Friedrich Hartmann an mit heißem Wasser gefüllten Waschseifen, wobei die sich entwickelnden Dämpfe anscheinend durch das Herdfeuer entzündet hatten und eine derartige heftige Explosion verursachten, daß die Zwischenwand vom Wohn- in das Schlafzimmer herausgerissen und verschiedene Möbelstücke demoliert wurden. Hartmann selbst erlitt an beiden Händen erhebliche Brandwunden und kam trotz seiner Festigkeit noch ziemlich glimpflich davon. Um so schlimmerer Verletzungen trug aber seine 38 Jahre alte Ehefrau, welche im selben Augenblick ihr vier Monate altes Kind auf dem Arme hatte, davon.

Ihre Kleider fingen Feuer, wodurch sie am ganzen Körper, insbesondere an den Beinen, derart schwere Verletzungen erlitt, daß die Haut in Fetzen losging.

Sie eilte hilflos ins Freie, wo herbeieilte Nachbarn die brandenden Kleider vom Erstickten bringen konnten. Auch das Kind blieb nicht verschont und erlitt an beiden Armen schwere Brandwunden. Der rasch herbeigekommene Arzt ordnete die Ueber-

führung der Verletzten ins Krankenhaus an. Es besteht Hoffnung, die am schwersten von dem Unglück betroffenen bedauernswerten Frau am Leben und so der hinterlassenen Familie ihre Mutter erhalten zu können.

Die Treppe hinuntergeworfen — Das Opfer tot

* Baden-Baden, 30. Mai. In der Nacht zum Sonntag, etwa um halb 1 Uhr, wurde bei einem auf den Hofhausstufen entstandenen Streit der 41 Jahre alte verwitwete Tagelöhner Josef Borckensfeld von hier die Treppe hinuntergeworfen und blieb bewußtlos liegen. Das herbeigekommene Notrufkommando verbrachte Borckensfeld ins städtische Krankenhaus. Dort wurde eine Schädelverletzung festgestellt, an deren Folgen der Verletzte am Sonntag mittag starb. Der Täter, Schreiner Artur Baurer von hier, wurde in Haft genommen.

* Kehl, 30. Mai. Lebensgefährlich verletzt. In lebensgefährlich verletztem Zustand ins heftige Krankenhaus eingeliefert wurde der bei den Rheinregulierungsarbeiten bei Marxheim beschäftigte Zimmermann August Junker von Schutterwald, der heute Nacht gegen 1 Uhr auf dem Heimweg, als er sein unbeladetes Motorrad vor sich herfuhr, von einem Offizierburger Auto zusammengefahren worden ist. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

* Konstanz, 30. Mai. Ein Faddelbootunglück. Ein Faddelbootunglück ereignete sich gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr auf dem Rhein. Wie die Konstanzer Zeitung berichtet, legte hier ein mit einer Familie (Mann, Frau und Kind) besetztes Faddelboot, welches dabei offenbar gegen einen Pfahl und Spitze um. In der Nähe befindliche Faddelbootfahrer konnten keine Hilfe bringen. Das reibendwärts fahrende Schweizer Kursschiff konnte jedoch, ließ ein Boot herunter und ermöglichte so die Rettung der Verunglückten, die sonst sicher in die Gefahr des Ertrinkens gekommen wären.

* Mägen, 30. Mai. Gründung der Ufa. Gestern fand hier eine große Versammlung der Dörferangehörigen des Amtsgerichtsbezirks Mägen statt, die nach eingehender Beratung beschloß, eine Dörferangehörigen- und Abfahrgenossenschaft des Amtsgerichtsbezirks Mägen e.G.m.b.H. (Ufa) zu gründen. 29 Versammlungsteilnehmer erklärten sofort ihren Beitritt.

* Wiesloch, 30. Mai. Motorrad in Flammen aufgegangen. Heute morgen 6 Uhr geriet beim Fahren ein Motorrad, dessen Fahrer sich auf der Fahrt von Frankfurt a. M. nach seiner Dienststelle in Karlsruhe befand, in Brand und wurde völlig zerstört.

Gewerkschaftliches

Die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände gegen Abbaupläne in der Angestelltenversicherung

Es ist bekannt, daß die Reichsregierung in der zu erwartenden neuen Notverordnung neben den Kürzungen der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung auch in der Invalidenversicherung einen Abbau der Renten in der Angestelltenversicherung vorzunehmen beabsichtigt. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich wiederholt gegen die bis zur Stunde bekanntgewordenen Pläne zur Sanierung der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung gemandt und sie als einen ebenso unsozialen wie unzulänglichen Weg bezeichnet. Der Eingriff in die Leistungen der Angestelltenversicherung, der mit den Sanierungsmaßnahmen für die übrige Sozialversicherung jetzt verbunden werden soll, entbehrt jeder zwingenden Grundlage.

Die Angestelltenversicherung ist infolge ihres Versicherungsprinzips durchaus in der Lage, jetzt und künftig die gesetzlich festgelegten Verpflichtungen gegenüber ihren Versicherten zu erfüllen. Erst vor wenigen Wochen haben die verantwortlichen Körperschaften der Selbstverwaltung bei Beratung des Voranschlags für das Jahr 1932 erklärt, daß bei ernster Beobachtung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch auf die U. zu irgendwelchen Vorparnissen kein Anlaß besteht.

Es kann deshalb nicht anders als von einem Akt der Willkür gesprochen werden, wenn die Ministerialbürokratie im Reichsarbeitsministerium jetzt den Zeitpunkt für eine Kürzung der Leistungen in der U. als gekommen erachtet.

Der Vorstand des U. Bundes hat sich gegen die unerhörten Pläne auf dem Gebiet der Angestelltenversicherung in einer Eingabe an den Reichsminister Brüning gemandt. Er weist in dieser Eingabe darauf hin, daß die Angestellten heute bei den durch Notverordnungen reduzierten Gehältern und den sehr hohen Sozialversicherungsbeiträgen, die in der Angestelltenversicherung weit über dem Niveau aller anderen Versicherungsweine liegen, außerstande sind, die geringste Rücklage für die verschiedenen Wechselfälle des Lebens zu machen. Ihre einstige Hoffnung für den Fall der Berufsunfähigkeit oder des Alters ist die Angestelltenversicherung. Schon durch die Werte Notverordnung vom 8. Dezember 1931, die die Leistungen der Angestelltenversicherung ganz willkürlich stark eingeeignet hat, ist das Vertrauen der Angestellten hart erschüttert. Die Folgen, die bei einer weiteren Beschränkung dieses Lebens innerhalb der gesamten Angestelltenchaft eintreten können, sind unübersehbar. Der U. Bundesvorstand warnt deshalb die Reichsregierung in letzter Stunde.

Tariffstreit im Gastwirtgewerbe von Baden

Vom Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Caféangestellten wird uns geschrieben: Die Arbeitgeber des Hotel- und Gastwirtsgewerbes von Baden haben den bisherigen Landeslohntarif zum 1. Juni gekündigt, mit einem gleichzeitigen unerhörten Aufbauforderungsantrag von 25 Prozent der bisherigen Gehalts- und Lohnsätze.

Wer wird Albert Thomas Nachfolger

Die Frage der Nachfolge von Albert Thomas, dem verstorbenen Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, wird bereits in der deutschen Presse erörtert. Merkwürdigerweise sind diese Erörterungen fast alle nur auf die Gründe gerichtet, diese Nachfolge sei eine hochpolitische Angelegenheit. Gewiß, das ist sie, aber das ist nicht der entscheidende Gesichtspunkt. Ausschlaggebend kann bei der Regelung der Nachfolge von Albert Thomas nur die Tatsache sein, daß der künftige Leiter des Internationalen Arbeitsamtes das volle Vertrauen der internationalen organisierten Arbeiterschaft haben muß. Diese Tatsache, auf die bereits in der Frankfurter Zeitung hingewiesen wurde, wird jetzt auch von der Gewerkschaftszeitung, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, mit Nachdruck unterstrichen. „Nachfolger von Albert Thomas“ so sagt die Gewerkschaftszeitung, kann nur werden, wer das unbedingte Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer hat. Diese Voraussetzung ist eine Selbstverständlichkeit. Man kann sie geschichtlich untermauern mit der Entstehungsgeschichte der Internationalen Arbeitsorganisation. Sie ergibt sich aber auch aus dem ganzen Aufgabengebiet und der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. Dieses ist eine Einrichtung, geschaffen für den internationalen Arbeiterdịch und für das internationale Arbeitsrecht im weitesten Sinne zu Gunsten der Arbeitnehmer aller Länder.“

Neues Verbandshaus des Zentralverbandes der Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten hat in Berlin sein neues Verbandshaus in der Potsdamer Straße 75, eingeweiht. Er hat damit vor aller Öffentlichkeit gezeigt, daß seine Organisation trotz der Krise unerschütterlich dasteht. Die Entwicklung des ZVA, ist, wie sein Vorsitzender Urban bei der Einweihungsfeier hervorhob, geradezu ohne Beispiel. 1914 hatte der ZVA erst 25 000 Mitglieder, und der Verband der Büroangestellten nicht ganz 9000; 1919 haben sich diese beiden Organisationen zum Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen. Sie umfaßten Ende 1925 bereits 153 000 und Ende 1930 rund 200 000 Mitglieder, eine Zahl, die bis Ende 1931 unter dem Druck der Krise auf etwas über 200 000 zurückging. Der Aufstieg erklärt, warum der ZVA neue Arbeitsräume haben mußte.

Die Kraft des ZVA, zeigt sich auch im Ausbau seines Unterhaltungsmeins. Allein im ersten Vierteljahr 1932 hat er 316 000 Mark Arbeitslosenunterstützung an seine Mitglieder ausgezahlt. Er zahlt Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Altersregelung. Er gibt den weiblichen Vitalisten, die sich betrieblern, eine Aussteuerbeihilfe und neben einer freiwilligen Pensionkasse sichert er den Älteren eine Altersrente von 50 Mark monatlich. Die neuen Arbeitsräume sind von dem Architekten Gott Heiner mit viel Geschmack, selbstverständlich ohne jeden Brunn oder Luxus, gestaltet worden. Im Erdgeschoss und in drei Etagen reihlich Arbeitsraum an Arbeitsraum, in denen etwa 200 Angestellte beschäftigt sind, um die Interessen der Angestelltenchaft wahrzunehmen.

Nazi als gelbe Organisation

Drohungen gegen Landarbeiter

Wraunschwitz, 30. Mai. (SP.) Der Naziautobesitzer Löbbecke im braunschweigischen Ort Effenbrück hatte als einer der ersten Arbeitgeber einen rüchrischen Lohnabsatz durchgeföhrt. Darauf berief der nationalsozialistische Betriebszellenobmann des Gutes, Schröder, eine Versammlung der männlichen Landarbeiter des Gutes ein, wosu auch der Besitzer und der Inspektor eingeladen waren. Schröder kündete einen Streik gegen den Lohnabsatz an, jedoch der Parteifreund und Arbeitgeber Löbbecke erklärte:

„Wenn Schröder mit Streik droht, so muß ich die Sache sofort der Nationalsozialistischen Partei melden, Schröder weiß, was dann mit ihm geschehen wird.“

Diese Drohung des Pa. Gutbesitzer genügt, um die nationalsozialistische Betriebszelle sofort von ihren Streikabsichten abzubringen!

Das Nazi-Paradies in der Praxis

Kürnberg, 30. Mai. (SP.) Dieser Tage fand vor dem Arbeitsgericht in Darmstadt ein interessanter Prozeß statt. Ein kaufmännischer Angestellter des von dem Kassiber Gottfried Feder herausgegebenen Blattes Die Flamme hatte gegen den Verlag des Blattes Klage eingereicht. Der Naziverlag zahlte nämlich seinen Angestellten im Monat Dezember den Suagerlohn von 20 M. Als der Verlag, der früher in Nürnberg war, nach Darmstadt übersiedelte, blieb eine Filiale der Flamme in Nürnberg und die kaufmännische Leitung wurde dem Kläger übertragen. Für seine Tätigkeit als Buchhalter, Korrespondent, Ein- und Verkäufer erhielt der Angestellte vom Feder-Verlag 80 M. pro Monat. Auf seine Forderung, daß er nach Tarif bezahlt werden müsse, erhielt er niemals Antwort, so daß er sich veranlaßt sah, dem nationalsozialistischen Unternehmen solches zu schreiben: „Ich fordere von Ihnen als nationalsozialistisches Verlag nur das, für was man den Arbeitern zu kämpfen verpflichtet, nämlich gerechte Entlohnung und ausstehenden Lohn.“

Der Erfolg dieses Schreibens war verblüffend. Dem Angestellten wurde ohne vorherige Kündigung einfach mitgeteilt, daß er ab Ende dieses Monats überhaupt kein Gehalt mehr bekäme, weil die Filiale wegen Unrentabilität aufgelöst werde. Als sich der Angestellte mit den Manieren des wäffischen Verlages nicht zufrieden gab, befristete der nationalsozialistische Unternehmer die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge. Das Arbeitsgericht verteilte diesen vorbildlichen Unternehmer zur Zahlung von 247 M. an den Angestellten. Während der Verhandlung kamen aber noch andere Dinge ans Tageslicht. Der Kläger war während seiner ganzen Beschäftigungszeit in keiner Krankenkasse versichert worden, auch hatte der Naziverlag verfallen, Angestelltenversicherungsmarken zu geben. Damit noch nicht genug, Auf die Sozialbeiträge an die Arbeitslosenversicherung sind für den Angestellten nicht abgeführt worden, so daß der Kläger bis heute noch keinen Pfennig Unterstützung bekommen hat.

Diese Vorkommen werden namentlich die Arbeiter und Angestellten im nationalsozialistischen und deutschnationalen Lager interessieren, denn bekanntlich soll ja das „Dritte Reich“ das Paradies der „Schaffenden der Sitten und der Tugend“ sein. In Wirklichkeit aber hat dieser Prozeß vor dem Arbeitsgericht bewiesen, daß es in einem Naziunternehmen weder Tugend, noch Arbeitslosigkeit, noch Altersversicherung, noch Krankenversicherung und auch keine Arbeitslosenunterstützung gibt!

Jugend

Karlsruhe

Dienstag: Gruppe Müppurr: Gruppenabend im Abergarten. Gruppe Ch: Wir betiteln uns an dem Vortrag in der Gedächtnis-Mittwoch: S.H. Falters: Klavierkonzert in der „Deutschen“ (8 Uhr, 8.30 Gruppenabend im BDA-Heim. Donnerstag: 18.30 bis 19.30 Uhr Bildtheater im Volkshaus. Gruppe Müppurr: Mitgliederbesprechung mit wichtiger Tagesordnung. 8 Uhr im Besprechungsraum der Parteizentrale. Freitag: Alle Spielkreise treffen sich um 8 Uhr im Waldheim ohne Spielzeug. Samstag: Funktionärstagung, 20 Uhr, im Waldheim. S.H. Am kommenden Mittwoch spricht in unserer Heim Gen. St. Eius über „Nationalsozialismus und Marxismus“. Wir hoffen bestimmt, daß jedes Mitglied erscheint.

Durlach

Dienstag, 31. Mai: Versammlung betr. Sammlung der Arbeiterwohlfahrt. Eröffnung aller Mittelalter in Pfalz. Mittwoch, 1. Juni: Mittelalterversammlung. Donnerstag, 2. Juni: Körperübungen. Freitag, 3. Juni: Trommeln und Pfeifen. Sonntag, 5. Juni: Sammlung für die Arbeiterwohlfahrt. Der rote Faden. Am Mittwoch findet die nächste Probe im „Zweiten“ statt. Beginn 8 Uhr. Es werden zu Beginn Fragen der Programmgestaltung besprochen, bei der möglichst alle Mitglieder anwesend sein sollen.

Ettlingen

Dienstag, 31. Mai: Monatsversammlung. Freitag, 3. Juni: Sieberturnen. Samstag, 4. und Sonntag, 5. Juni betiteln wir uns bei den Versammlungen des Arbeiterfußballvereins „Sportwärts“ antäfflich feierlich 10jährigen Stiftungsfestes.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Karlsruhe

Gruppe Ch: Rote und Jungfrauen: Mittwoch, 6-8 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim. Gruppe S.H.: Rote und Jungfrauen: Mittwoch, 6-8 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim. Gruppe Weh: Rote und Jungfrauen: Mittwoch, 5-7 Uhr, Zusammenkunft an der Günterbildschule, Lernring und Wäse usw. und mitbringen. Gruppe Durlach: Rote und Jungfrauen: Mittwoch von 7-10 Uhr Zusammenkunft in der Zuffucht. Gruppe Müppurr: Samstag 3 Uhr Zusammenkunft im Abergarten. Alle Faltens von Groß-Karlsruhe, die Interesse an Sport haben, treffen sich über den Sommer jeden Samstag mittags von 4 Uhr ab mit dem freien Turnersportplatz, wo sie in allen Sportarten unterweisen werden. Helfer: Diese Woche keine Übung.

Durlach

Mittwoch, 1. Juni: Jungfrauen: Monatsversammlung im Sport. Rote Faltens: Mittwoch, 1. Juni, nachmittags 6 Uhr im Sportplatz-Monatsversammlung. Ettlingen: Dienstag, 31. Mai: Von 5 bis 7 Uhr Zusammenkunft. Freitag, 3. Juni: Punkt 5 Uhr Kusmarck. Kommt alle und seid pünktlich. Gengenau-Kreisler: Dienstag, 7.30 Uhr bis 9 Uhr Gymnastik und anschließend Sprechchor. Freitag: Arbeitsgemeinschaft im Jugendheim. Sonntag: Nachmittags Wanderung, näheres am Freitag. Jugendgruppenoffen, muß müssen die Tage abgedruckt werden, veranlagt zu reifen.

Badisches Landestheater

Erstaufführung: „Die drei Musketiere“. Ein Spiel nach Motiven von Alexander Dumas von R. Schanser und E. Weißsch. Musik teilweise von Ralph Benckst.

Wie eine buntbemalte Fregatte steuert das Schiff unseres Landestheaters in scharfer Kurve in das letzte Gewässer des Sommerpielplans. Eine vor drei Jahren schon „berühmt“ gemordete Angelegenheit, „Die drei Musketiere“, soll den heillosen Zerfall des „Reichen Röhrs“ fortsetzen, nachdem dieses muntere Zerfallen abgeklafft und in den Stall geschleppt worden ist. Aber der Unterhalt ist enorm, stößt sich auf musikalische, Der Inhalt liefert sich her von dem ehemals viel geliesenen Roman gleichens Namens von dem älteren Dumas. Dieser Vielreiber, der eine ausgeprochene Romanfabrik behob, worin er mit Hilfe zweier Autoren im Lauf seines Lebens nicht weniger als 600 Bände literatur zusammengekauft, liierte besonders Zeitungsmann, die in Fortsetzungen erschienen. Und es wird von ihm behauptet, daß er habe ohne einen Gesamtplan im Auge täglich immer nur 10 Zeilen geschrieben als in die Presse mühte. Mängel der Komposition, Oberflächlichkeit der Psychologie, Abwuschungen und Weichschwämmigkeit ergeben sich aus dieser Art des Arbeitens, und davon ist etwas auch in das Spiel der Herren Schanser und Weißsch übergegangen.

Es beginnt wie eine Haupt- und Staatsaktion, nimmt dann den Charakter einer Operette an mit bedrohlichen Einfällen über den eigentlichen Charakter des Stückes nicht klar werden. Der Held auch die Musik, soweit sie von Benckst stammt, nicht der Höhe, die dieser Name erwarten läßt. Im übrigen hat der Komponist und Arrangeur erwartete Erfolge in die ältere und neuere Musikliteratur getan und damit manuels eigener Erfindung das Werkchen aufgepoltert. Immerhin darf man ein paar musikalische Nummern verzeichnen, wie das Auftrittstied der drei Musketiere, ein wirksames Finale nach dem fünften Bild, ein paar gefühlvolle Songs und ein Lied, für das wir ganz alles andere hingeben. „Wenn du treulos bist“, von seinem Melos und dramatisches vorgelesen von Herrn Karl Friedrich.

Herr Intendant Dr. Waag, der das Stück fernierte, hat durch würdige und reiche Aufmachung den Erfolg geradezu erzwungen. Die vier sich feigern, wenn erst das richtige Sommerprogramm ins Theater kommt. Herr Torsten Hecht lieferte gefällige farbenreiche Bühnenbilder von historischem Charakter, und Herr Schellberg muß für laubere und Hilgerechte Kostüme sorgen belobt werden. Der gefangliche Paris entledigten sich Herr Kammerjäger Kentwig als heerleser D'Artagnan, Herr Pfeil, Seidlich als anmutige Königin mit viel Geschick, die Herr Jank trat, besonders in den parodistischen Teilen, die leider stark dem Niveau der Bühnenbühne nähern. Jener Schick von jedem Übermut und fiebernder Lustigkeit hinu, der die Dame so gut liebt. Brand und Koebl als Musketiere, bräunlich verlebte Landfröhen Worte fand in der allseitig bekannten Pella Rabemacher eine köstliche Vertreterin. Paul Rudolf Schicks als Staatskanzler, Paul Müller als Aulerbäder Caramel, Brüter als Oberst Tröville, waren gut am Platz. Der junge Josef Sonntag, vom „Weichen Röhr“ her defens beleumdet, auch dem kindlichen König Ludwig XIV. ein anprechendes Profil. Die vorkommenden Dinge zeichnen sich nicht durch ein Übermaß von Erfindung aus, die wüste Herr E. Friebe Kubmann durch raffine und technisch saubere Auslieferung einiger Soloföhnen warmen Beifall zu verdienen. Der Operndir bracht mit feinen Gesangsnummern einen fröhlichen Aug in dieses Soldatenstück, und Herr Kammermeister Schick am die waltete mit feinstem feines Amtes. So verließ sich das Stück zum Werk gegenüber trotz seiner teilweise leeren Bühnengang freundlich.

Letzte Nachrichten

Französische Sozialisten grundtätig zur Regierungsbeteiligung bereit

Paris, 31. Mai. Im Resolutionsausschuss des Sozialistischen Parteitag drängte Leon Blum einen Entschließungstext ein, der 24 Stimmen gegen 14 auf sich vereinigte, und lautmächtig lautet: „Die Partei ist der Ansicht, daß der Ernst der außen- und innenpolitischen Lage es ihr nicht gestattet, ein Angebot der Radikalen Partei zur Zusammenarbeit in der Regierung mit einem glatten Nein zu beantworten. Eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Parteien ist aber notwendigerweise ein gemeinsames Programm voraus.“

Karlsruher Umgebung

Sagsfeld

Gemeinderatsbericht vom 25. Mai

Zur Kirchweide wird auf dem Festplatz an den Bodenbelagerer Krot ein Platz vergeben. — Dem Kaufmann Julius Red wurde die Lieferung eines Dachgefälles, für den Schulhof bestimmt, zu seinem Angebot überlassen. Vom Domäneamt lag eine Rechnung vor zur Weanunterhaltung des zur Gemartung Sagsfeld gehörigen Teils des Hartwaldes. Mit dem Vermerk zur Kenntnis genommen, daß bis zur nächsten Sitzung eine Aufstellung des bisherigen Aufwands vorzulegen ist. — Nachdem das Verlangen der Aufsichtsbehörde durch Bürgerausschlußbescheid bekräftigt ist, wird nunmehr an den Gemeinderat das Ansuchen gestellt, den kommenden Grundbuchführungsbeamten auch als Ratsschreiber zu ernennen. Der Gemein-

derat hält seinen Beschluß aufrecht, ebenfalls führt derselbe den Beschluß des Bürgerausschusses durch. — Bekannt gemacht ist, daß ab 1. Juni die Anträge zur Au- und An- auf dem Arbeitsamt entgegenzunehmen sind. Gleichzeitig ging dem Gemeinderat ein Schreiben zu, daß bei Uebernahme der finanziellen Lasten durch die Gemeinde der alte Zustand beibehalten wird. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Gemeindefinanzverwaltung wahrzunehmen. — Ein Armenfall wird aufstimmend erledigt. — Zur fälligen Schweineablämung am 1. Juni werden die bisherigen Fährler bestimmt.

Die 30 4 Seiten 60 Pf. die Seite

Der 5 a mehr Seiten 60 Pf. die Seite

Karlsruhe

F.T.R. Fahnenzweigen heute abend 7 Uhr Turnerrinnen, Mittwoch abend 7 Uhr Turner. Turner und Sportler! Heute Dienstag allgemeine Turnstunde, Umlandhohle, Donnerstag Goethehohle, Turnerrinnen und Sportlerinnen, Mittwoch abend Goethehohle. Alle Teilnehmer am Bezirksfest müssen diese Turnstunden unbedingt besuchen! Dasselbst auch Ausgabe der Festabzeichen. Preis 50 Pf.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die rasch wechselnde Witterung dauert auch heute noch an. Eine neu erscheinende Zykone wird für ihren weiteren Bestand sorgen. Wetteraussehen für Mittwoch, 1. Juni: Fortdauer der kühlen und rasch wechselnden Witterung mit zeitweiligen Regenfällen. Frische Südwestwinde.

Wasserstand des Rheins

Basel 157, Waldshut 348, Schutterinsel 225, Rehl 365, Maxau 537, Mannheim 416, Caub 284.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Partei Vorstand: Morgen Mittwoch, 1. Juni, 20 Uhr, Vorstandssitzung im Volkshaus.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Juni-Zusammenkunft am Mittwoch, 1. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus.

Bezirk Südstadt
Mittwoch, den 1. Juni, in der „Deutschen Eiche“, Angartenstraße 60, um 20 Uhr. Bezirksversammlung für die Südstadt mit Richtsitzberichterstattung des Genossen Wagner über: Einbringung in die Volkswirtschaft. Wir erlauben um vollständiges Erscheinen.

Bezirk Klippure
Am Mittwoch, 1. Juni, 20.15 Uhr, findet im „Jägerhof Löwen“ eine Parteiverammlung statt. Nach den Vereinsmitteilungen bietet das Photohaus Ganste am Döndorfplatz einen Bildvortrag „Schwarzwalddwanderung“. Gegen 100 herrliche Landschaften werden den hoffentlich zahlreichen Besuchern gezeigt.

Bezirk Rintheim
Am Freitag, 3. Juni, findet im Nebenzimmer zum Birch eine wichtige Mitgliedserversammlung statt. Gen. Böhringer wird über die augenblickliche Situation sprechen. Es wird vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet. Auch werden noch andere wichtige Dinge besprochen.

Auskünfte der Redaktion
D., Baden-Baden, Gen. Wilhelm Steiber, Wilhelmstraße 20.

KAMMER LICHTSPIELE

Karlsruhe.
Ab heute sehen Sie in den Kammer-Lichtspielen
Den großen Spionage-Film X27
Marlene Dietrich, die große Spionin, Leutnant Kranau, Victor McLaglen, der Chef des Geheimdienstes, Gustav von Seyffitz-Piz, Hauptmann von Hindau, Warner Oland, der Leutnant Barry Norion und der Hauptmann Kourin.
Beginn d. Vorstellungen: 3, 5, 7, 8, 45

Färberei Karl Timeus

wird unverändert weitergeführt. Nach wie vor tadellose, fachmännische Arbeit bei billigster Berechnung.
Marienstr. 19/21, Telefon 2838
Kaiserstr. 66, beim Marktplatz

Stadigarten

Mittwoch, 1. Juni von 15^{1/2}—18 Uhr
Nachmittags-Konzert
Philharmonisches Orchester.
Besichtigte Eintrittspr.

Badisches Landes-Theater

Dienstag, 31. Mai 22^{1/2}
Th.-Gem. 9—11/100
Wenn der junge Wein blüht.
Einführung von Egon Schlegel.
Regie: Herr Wittkowski. Besetzung: Egon Schlegel, Gerda, Mademacher, Erwin, Seiling, Schneider, Hirt, Huber, Schulz, Grimm.
Anfang 20 Uhr. Ende gegen 22 Uhr.
Preise A (1.00—3.50), B 71
Mi. 1. 6. Klentz.
Do. 2. 6. Hoffmanns Erzahlungen. Fr. 3. 6. Die drei Kletterer. Sa. 4. 6. Die drei Kletterer. So. 5. 6. Wenn ein Kubel. Das Dreimäderlhaus.

Möbel-Krämer Karlsruhe

Kaiserstr. 30 u. 24
Wir drucken alle in Geschäfts-, Vereins- u. privaten Verkehr erforderlichen Drucksachen und bitten unsere Freunde um Zuweisung ihrer geschätzten Aufträge.

Wir drucken

alle in Geschäfts-, Vereins- u. privaten Verkehr erforderlichen Drucksachen und bitten unsere Freunde um Zuweisung ihrer geschätzten Aufträge.

Bünlack-Küchen

Neue Sendung modernster Modelle eingetroffen. Ferner feinste Küchen mit Tisch u. 2 Stühle.
RM. 99.-, 125.-, 150.-, 175.-, 210.-, 225.-
Passage-Möbelhaus
Emil Schweitzer, Passage 3a
Ecke Kaiser- und Waldstraße.

Drei Schlager

in dieser Woche
Limburger Stangenkäse 37
Pfd. 37
Edamer 45
Pfd. oder 1/4 Kugel 45
1/4 Kugel 90
1/2 Kugel 180
Salami 95
Pfd. 95
Pfannkuch
Pfannkuchwaren helfen sparen

Küchen

120 M. Büfett 90 M. Füllig, füllig 77 hinter Gefäß Knopf

Mörder-!

Aber in wessen Auftrag?

Sie kennen doch wohl das liebevolle Bonmot, das wir dem unentwegten Putschisten und Fachmann in falschen Gendarmenkommissaren, Dr. Frick, von der „Nacht der langen Messer“ verdanken? Den entwürzelten Rowdys feiner nun endlich aufgelösten SA-Terrorgarden hat nach der „Nacht der langen Messer“ bekanntlich den Himmel auf Erden und das Paradies der Reinrassigen, allerdings mit Einschluß des Dr. Goebbels, versprochen. Kurzum: Mord und Totschlag und danach die Friedhofsrunde für alle „Schlechtgefinnten“. Wollen Sie wissen, für wen die kleinen und großen Ofafs die „Nacht der langen Messer“ propagieren? Die Broschüre: **„Nach der Nacht der langen Messer“** ungemein interessant geschrieben, mit überzeugendem Dokumentenmaterial ausgestattet, spannend wie ein guter Roman, erschütternd in ihrem aufschlußreichen Inhalt, 32 Seiten stark und doch schon für 10 Pf. erhältlich, zeigt es Ihnen! Besorgen Sie sich diese Schrift sofort. (Sie kostet 10 Pf.) Sie müssen sie lesen; lesen und weitergeben. Kommen Sie noch heute zur Volksbuchhandlung. Wir haben die Schrift vorrätig und warten auf Sie.

Volksfreund-Buchhandlung

Waldstraße 28 Fernsprecher 7020/21

Sommer-Sprossen

werden unter Garantie durch **SUENUS** Stärke B hergestellt.
Wegen Fädel, Mädel, Stärke A.
Drogerie Roth, Herrenstr. 26/28, Drogerie Walz, Jollystr. 17, Badenia-Drog., Kaiserstr. 245, Engel-Drog., Apotheke Reichardt, Werderplatz 44, Karlsruhe-Mühlberg 1, Merkur-Drog., Hofmeister.

A. Werthhammer

MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7565
Ausführung aller Maler-Arbeiten
solid und preiswert

Ettlinger Anzeigen

Mähen des städt. Heugrajes
Für das Mähen des städt. Heugrajes ist den Herren Heugrajes folgende Angebotsliste bis Montag, den 6. Juni, abends 7/8 Uhr auf der Stadtkassierei Ettlingen, den 30. Mai 1933.
Der Bürgermeister

Kastatter Anzeigen

Verbot.
Das Aneinanderreihen von Lauben wird mit Rücksicht auf den Stand der Wasserleitung § 29 der Feldpolizeiordnung bis 10. Juni 1933 verboten. Die Steuer beträgt für den ersten Hund jährlich RM. 24.— und für jeden weiteren Hund RM. 48.—
Für Hunde, die erst nach dem 1. Januar 1933 anmeldepflichtig werden, ist für die Zeit bis zum Schluß des Steuerjahres (31. Mai) nur die Hälfte zu bezahlen.
Ueber 3 Monate alte Hunde, die vom 16. Juni bis 31. Mai des nächsten Jahres in Besitz kommen, oder in die Gemeinde eingebracht werden, sind innerhalb 4 Wochen nach der Befreiung oder Einbringung des Hundes, bis erst nach Ablauf der allgemeinen Anmeldepflicht das Alter von 3 Monaten erreicht, innerhalb 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt anzumelden.
Die Hinterziehung der Hundsteuer und des Zulassungsgebühres nach § 9 des Hundesteuergesetzes mit einer Geldstrafe bis zum Zwanzigfachen der Hinterzogenen Steuer und des Zulassungsgebühres. Neben der Geldstrafe ist die Steuer nachträglich zu entrichten. Hundes für welche die Steuer nicht rechtzeitig bezahlt wird, können von der Steuerbehörde eingeschlagen werden.

Gaggenauer Anzeigen

Sundsteuer betr.
In der ersten Hälfte des Monats Juni ist jeder über 3 Monate alte Hund schriftlich oder mündlich bei der Stadtkassiere anzumelden. Bei der Anmeldung ist sofort die Steuer nach Zahlung zu entrichten.
Die Steuer beträgt für den ersten Hund jährlich RM. 24.— und für jeden weiteren Hund RM. 48.—
Für Hunde, die erst nach dem 1. Januar 1933 anmeldepflichtig werden, ist für die Zeit bis zum Schluß des Steuerjahres (31. Mai) nur die Hälfte zu bezahlen.
Ueber 3 Monate alte Hunde, die vom 16. Juni bis 31. Mai des nächsten Jahres in Besitz kommen, oder in die Gemeinde eingebracht werden, sind innerhalb 4 Wochen nach der Befreiung oder Einbringung des Hundes, bis erst nach Ablauf der allgemeinen Anmeldepflicht das Alter von 3 Monaten erreicht, innerhalb 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt anzumelden.
Die Hinterziehung der Hundsteuer und des Zulassungsgebühres nach § 9 des Hundesteuergesetzes mit einer Geldstrafe bis zum Zwanzigfachen der Hinterzogenen Steuer und des Zulassungsgebühres. Neben der Geldstrafe ist die Steuer nachträglich zu entrichten. Hundes für welche die Steuer nicht rechtzeitig bezahlt wird, können von der Steuerbehörde eingeschlagen werden.

Herren- u. Damenrad

wie neu, 20 und 40 cm zu verkaufen. 3048 Schützenstraße 69, bei

Wohnung

2-Zimmer-Wohnung mit elektr. Licht, in ruhiger Straße, 3048

Wohnung

2-Zimmer-Wohnung mit elektr. Licht, in ruhiger Straße, 3048

Wohnung

2-Zimmer-Wohnung mit elektr. Licht, in ruhiger Straße, 3048

Wohnung

2-Zimmer-Wohnung mit elektr. Licht, in ruhiger Straße, 3048

Wohnung

2-Zimmer-Wohnung mit elektr. Licht, in ruhiger Straße, 3048